

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 242 · 21. JAHRGANG · AUSGABE 3/2015 VOM 3. MÄRZ 2015 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

4 | **Heerstraßenbau wie einst bei Goethe in Weimar**
Panketal bleibt Zanketal

7 | **Mitwirkungschance oder Kompetenzverlust**
Aufsichtsräte in kommunalen GmbH

12 | **Die griechische Hoffnung**
Ein Bericht aus Athen

Das »Grundlagenpapier« und »Linke Politik« im Landkreis Barnim

Plan, Realität und Widerspiegelung

von Gerd Markmann

Die Kreistagsfraktion der Barnimer LINKEN hat mit den Fraktionen der SPD und der CDU für die aktuelle Kommunalwahlperiode bis 2019 ein »Grundlagenpapier« ausgehandelt. Am 6. März soll eine Kreismitgliederversammlung der LINKEN darüber abstimmen (Freitag, 6.3., 18 Uhr, BBZ Amadeu Antonio, Puschkinstr. 13, 16225 Eberswalde). Dieses »Grundlagenpapier« sei ein Erfolg der LINKEN, sagte der Kreisvorsitzende Sebastian Walter am 21. Februar den Eberswalder Mitgliedern seiner Partei. Denn, »was da drin steht, entspricht genau den 5 Punkten, die wir vor der Kommunalwahl formuliert hatten«, was da u.a. waren: ein Barnimer Schulfonds und Schulsozialarbeit an jeder Schule, eine Ärzteoffensive für den ländlichen Raum, der »Barnim Kredit« zur Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, die Unterstützung des Ehrenamts und die Einführung von genossenschaftlichen Kreiswerken (vgl. »Die Barnimer Linken haben einen Plan« in BBP 6/2014, S. 6). »Ich freue mich, daß SPD und CDU mitmachen«, so Walter. »Da können sie endlich mal linke Politik mitgestalten.«

Das »Grundlagenpapier« formuliert zunächst vor allem das, was laut Kommunalverfassung ohnehin Aufgabe des Landkreises ist oder das, was Landrat Bodo Ihrke seit Jahren betreibt. Festschreibung des Status Quo. Besitzstandwahrung in Angst vor den Veränderungen der bevorstehenden Kreisgebietsreform. Die LINKE Kreistagsfraktion gestaltet also Ihrke-Politik mit – oder besser gesagt – setzt diese um.

Konkrete Zukunftsziele, um mit den angesagten neuen Bedingungen klarzukommen, sucht man in dem »Grundlagenpapier« vergebens. Künftige Großkreise werden den bisherigen Doppelcharakter der Landkreise als Teil der kommunalen Selbstverwaltung einerseits und untere Landesbehörde andererseits verlieren. Die Selbstverwaltungsfunktionen werden dabei im Gewirr der fernen zentralisierten Bürokratie verschwinden. Die Tendenz zur Auflösung des Staates – nach der Auflösung der kleinen Gemeinden – setzt sich fort. Die neuen Landkreise mutieren in Regierungsbezirke als bloße regionale Außenstellen der Landeszentralmacht. Hier wäre eine Menge Diskussionsstoff und Raum, Ziele für die Zukunft zu formulieren. Doch damit beschäftigt sich offensichtlich keiner der drei Partner.

Zuweilen wird der Text konkret. In der Präambel heißt es beispielsweise: »...die Fraktionen von DIE LINKE., SPD und CDU (vereinbaren), daß sie gemeinsam nachfolgende Grundsätze und Projekte unterstützen und zu grundsätzlichen Entscheidungsfragen des Landkreises Barnim Diskussionen führen und mehrheitsfähige Lösungen suchen«. Diskutieren und mehrheitsfähige Lösungen suchen – das klingt gut. Aber hier steht, daß diese Diskussionen ausschließlich zwischen den Fraktionen der LINKEN, SPD und CDU geführt werden. Die anderen bleiben außen vor.

Die Mitgliederversammlung der Barnimer LINKEN soll auch folgenden Grundsatz absegnen: »Der Mittelstand ist das Rückgrat der kreislichen Wirtschaft«. Klar, das ist der Mainstream der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre. In der Realität sind es aber die werktätigen Menschen in Stadt und Land, die das Rückgrat der Wirtschaft im Landkreis Barnim – und überall – bilden. Müßte nicht DIE LINKE darauf aufmerksam machen? Ja, auch die kleinen und mittleren Unternehmer sind meist Werk­tätige, deren Interessen zu berücksichtigen sind. Doch, »die Wirtschaft« auf Unternehmer zu reduzieren, hat mit allem Möglichen, aber gewiß nichts mit linken Anschauungen zu tun.

Im Abschnitt »Soziales und Jugend/Senioren« heißt es im »Grundlagenpapier«: »Für den Landkreis steht die Erfüllung der gesetzlichen Pflichtaufga-



Der Name für das Gebäude der Kreisverwaltung war nicht zufällig gewählt. Paul Wunderlich war Neosurrealist.

ben im Mittelpunkt seiner Arbeit«. Dafür werden die »zur Verfügung stehenden Ressourcen ... eingesetzt«. Darüber hinausgehende freiwillige Aufgaben werden nur wahrgenommen, »wenn diese die Aufgabenerfüllung zur Wahrnehmung der Pflichtaufgaben direkt unterstützt«. Und weiter: »Die ehrenamtliche Erbringung von sozialen Leistungen wird zukünftig an Bedeutung gewinnen«.

Im Klartext heißt das nichts anderes, als daß die Leistungen des Landkreises im Bereich Soziales und Jugend/Senioren auf die gesetzlichen Pflichtaufgaben beschränkt werden sollen und auf das, was Pflichtaufgaben direkt unterstützt. Alles andere – so wird im »Grundlagenpapier« festgeschrieben – bleibt künftig Ehrenamtlern überlassen.

Doch kommen wir zum »5-Punkte-Plan«:

Eine schöne Forderung der LINKEN in ihrem »5-Punkte-Plan« lautete: »sofort die Einstellung von Schulsozialarbeitern an allen Barnimer Schulen in Auftrag zu geben«. Laut »Grundlagenpapier« geht es nun nur noch darum, »an den kreislichen Schulen schrittweise Schulsozialarbeit« einzuführen.

Fortsetzung auf Seite 3

Eine Feier

Die BARNIMER BÜRGERPOST erscheint schon im zwanzigsten Jahr, das wir mit einem Pressefest im Rahmen des Eberswalder Stadtfestes FinE abschließen wollen.

Unser Pressefest findet am 6. Juni nachmittags ab 13 Uhr vor dem Ulrich-Speicher auf dem Hof in der Friedrich-Ebert-Straße 12 statt. In einem wissenschaftlichen Gespräch, das wir »KOLLOQUIUM IM FLUR« nennen, wollen wir ab 14 Uhr Untersuchungen und Auffassungen über die Barnimer Bürgerpost vorstellen. Für dieses Gespräch sind Vorträge über den Umgang mit den knappen Ressourcen, die Motivation der Beteiligten, den Einfluß der Barnimer Bürgerpost sowie über historische Vergleiche angekündigt. Weitere Beiträge sind ausdrücklich erwünscht, wenn sie nicht länger als zehn Minuten dauern. Da vertrauen wir voll und ganz auf unsere Autoren.

Neben der geistigen Kost gibt es Kaffee und Kuchen, Würste, Bier, etwas Musik, gute Laune und natürlich schönes Wetter. Alle Barnimer Bürger und besonders unsere Leser und Autoren sind recht herzlich eingeladen.

Nunmehr liegt in 242 Ausgaben der BARNIMER BÜRGERPOST eine einzigartige soziologische Dokumentation über das politische und gesellschaftliche Leben im Landkreis Barnim vor, die selbstverständlich weitergeführt wird. So gesehen haben wir unser Ziel erfüllt, Meinungen und Auffassungen zu veröffentlichen, die sonst nicht unter die Leute gekommen wären. Wir sind der Auffassung, daß Politik alle Menschen angeht und sich so viele wie möglich an der politischen Meinungsbildung aktiv beteiligen sollten.

Natürlich gelten bei uns auch Beschränkungen. Zunächst müssen die Gedanken verständlich formuliert und zu Papier gebracht werden. Das kann nicht jeder und es erfordert einen gewissen Aufwand. Viele Anführer wollen auch nicht, daß ihre Meinungen bekannt werden.

Wir bedanken uns jedenfalls ganz herzlich bei unseren Autoren. Jede Ausgabe kann nur eine begrenzte Zahl von Worten aufnehmen. Die Vielfalt der Beiträge steigt, wenn Autoren diszipliniert mit dem Platz umgehen. Trotzdem müssen Texte zur Veröffentlichung zusammengestellt und ausgewählt werden. Diese verantwortungsvolle Aufgabe und den Satz der Zeitung übernimmt Gerd Markmann, ohne den hier nichts laufen würde. Deshalb gebührt ihm ein ganz besonderer Dank. Darüber hinaus bedanken wir uns bei den Korrektoren und Verteilern, die wesentlich an der Herstellung und am Vertrieb der Zeitung beteiligt sind.

Wir spüren einen wachsenden Bedarf an politischer Meinungsäußerung und wollen deshalb unsere Zeitung weiterentwickeln. Das geht nur, wenn die Arbeit besser organisiert und auf mehr Mitstreiter verteilt wird.

Denn soviel Zeit muß sein.

Dr. MANFRED PFAFF,
Vorsitzender des Barnimer Bürgerpost e.V.

Der schwarze Mann zu Dresden

Er war von Beginn an dabei, blieb an seinem Platz auch beim zweiten Treffen, als schon tausend Mitbürger aufliefen, und er fehlte auch nicht bei all den folgenden Demos. Er schien abonniert auf den Dritten von rechts in der ersten Reihe und gehört zu den tapferen Männern, deren Fäuste das Spruchband balten, auf denen die »Bewegung« ihre Forderungen vor sich hertragen läßt.

Ich kenne den jungen Mann nur aus dem Fernsehen. Es kam vor, daß ich hoffte, er habe sich mal krank gemeldet oder an Erkenntnis gewonnen oder sei sich seiner Mißbrauchtheit bewußt geworden – aber nein.

Kam der allmorgentliche Report aus der Helldstadt Dresden, kam auch er ins Bild.

Dann trat Lutz Bachmann, der vorbestrafte Gauner, zurück und überließ der auf gestrenges Püppchen geschminkten Frau Oertel das Sagen und Hetzen. Er war untragbar geworden wegen eines Selbstbildnisses als Hitlerverschnitt und Ausländerbeschimpfungen übelster Sorte.

Nun, dachte ich, muß dem Mann hinterm Losungstuch doch ein Lichtlein aufgegangen

sein. Es war ein Irrtum. Treudeutsch und uner-schütterlich schritt er den Wutbürgern voran. Und er muß gehört haben, daß vom Podium schlimmster Dreck geschleudert wurde wider »Hottentottenkultur«, »Faultiere aus Nordafrika« und »schwarze Parasiten«.

Selbst als ein gastierender Nazi aus Holland dies noch unterbot durch nicht zitierbare Schmähworte über Asylanten, hat ihn das keineswegs verunsichert. Ihn ging das nichts an – er war gefeit als einer, der sich auf die Seite der Dumpfheit geschlagen hatte.

Könnte er erpreßt worden sein? Hat man ihm was Besonderes versprochen? Versucht er vielleicht sogar, durch sein »Engagement« seine Kinder vor Anpöbeleien und Schlimmerem zu schützen? Droht ihm die Abschiebung, der er so demonstrativ vorbeugen möchte?

Am wahrscheinlichsten ist allerdings, das hinzuschreiben, was am plausibelsten ist und vor dem sich aber das gute Gewissen sträubt: Dieser farbige Dresdner ist einfach nur ein Idiot oder, wie die PEGIDA-Leute sagen würden: Ein nützlicher Neger.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Initiative des Lionsclubs: Ehrenbürgerwürde für NSDAP-Mitglied

Vom Tisch, bevor es auf den Tisch kam

Eberswalde (bbp). Der Eberswalder Lionsclub, eine Lobbyvereinigung von Privatunternehmern und leitenden Angestellten öffentlicher Unternehmen und Verwaltungen, hatte sich auf die Fahnen geschrieben, daß die Stadt Eberswalde dem Nobelpreisträger Werner Forßmann posthum die Ehrenbürgerwürde verleiht. Lions-Präsident Horst Dörner, Seniorchef eines bekannten Eberswalder Planungsbüros, hatte zu diesem Zweck am 25. Februar die Vorsitzenden der Eberswalder Stadtfraktionen ins Hinterzimmer der Alten Brauerei eingeladen. Das Anliegen an sich, Werner Forßmann, der berühmt geworden war, als er sich im Selbstversuch 1929 in Eberswalde einen Herzkatheter legte, zum Ehrenbürger zu machen, bewegt den Lionsclub schon längere Zeit. Bereits Dörners Vorgänger im Präsidentenamt, ex-WHG-Geschäftsführer Rainer Wiegandt, hatte bei den Nachkommen Forßmanns um Genehmigung nachgefragt, die auch erteilt worden war.

Auf die Diskussionen um Forßmanns von 1932 bis 1945 währenden NSDAP-Mitgliedschaft (vgl. BBP 2/2015) reagierten die Lionsmitglieder verständnislos bis wütend. Warum werde immer nur auf der NSDAP-Mitgliedschaft herumgeritten, statt die Verdienste zu würdigen, faßte Dr. Meikel Vesper, Chefarzt am Werner-Forßmann-Krankenhaus und Mitglied des Forßmann-Förderkreises, die Stimmung der »Löwen« zusammen. Bei dem Finowfurter Marco Gensing, Mitarbeiter der Kreisverwaltung, fand er dabei eifrige Unterstützung.

Bei den Fraktionsvorsitzenden traf der Lionsclub indes mit seinem Ansinnen lediglich beim CDU-Vertreter und Lions-Mitglied Uwe Grohs auf Zustimmung. Die anderen Fraktionen, die der Einladung gefolgt waren, namentlich DIE SPD, Bürgerfraktion Eberswalde, Alternatives Wählerbündnis Eberswalde und FDP lehnten eine posthume Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Werner Forßmann ab. DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen waren gar nicht erst erschienen. Robby Segebarth, Referent des Bürgermeisters Friedhelm Boginski, machte deutlich, daß auch seitens der Stadtverwaltung keine Unterstützung des Vorhabens zu erwarten sei. Segebarth erinnerte an die ähnliche Debatte um Rudolf Schmidt, die dem Ansehen der Stadt geschadet habe.

Zum Frauentag 2015

Mütter, Ihr habt stets die Kinder geboren.
So oft schon habt Ihr sie in Kriegen verloren.
Die Kriegstreiber haben mit Euch kein Erbarmen,
Denn auf den Schlachtfeldern liegen nur die Armen!
Sie haben nicht unsere Heimat geschützt,
Sondern nur dem gierigen Kapital genützt.
Wenn nun ein Kind das Licht der Welt erblickt,
Schwört, daß Ihr es nie auf ein Schlachtfeld schickt!
Sorgt, daß sie nie zu Mördern werden,
Ihr seid die Garanten für den Frieden auf Erden!
Kraft und Mut wünscht Euch

DIE ROTE OMA, geb. 01.01.1924

Fortsetzung von Seite 1

Das »Grundlagenpapier« und »Linke Politik« im Landkreis Barnim

Plan, Realität und Widerspiegelung

Die Gemeinden, die wie Bernau und Eberswalde – darauf vertrauend, daß der Landkreis seiner Verantwortung nachkommt – auf eigene Kosten Schulsozialarbeit an ihren Schulen eingeführt haben, werden alleingelassen.

Immerhin heißt es im »Grundlagenpapier«: Die »Bildung ist die Zukunftschance für unseren Landkreis«. Wer will dem widersprechen. Realisiert werden soll das, indem alle weiterführenden Schulen in die Schulträgerschaft des Landkreises übernommen werden. Erst dann kommen sie in den Genuß, »nach den in Kreisträgerschaft üblichen Standards« ausgestattet zu werden. Die Kommunen sind dazu nämlich nicht zuletzt wegen der Kreisumlage von 43,8 % gar nicht in der Lage. Und eine Kreisförderung für gemeindliche Schulen, wie es DIE LINKE in ihrem »5-Punkte-Plan« gefordert hatte, gibt es nicht. Das bedeutet zugleich – ganz nebenbei – für die Grundschulen, die in Gemeindetragerschaft verbleiben, daß sie auf den »üblichen Standard« der kreislichen Schulen ebenfalls keinen Anspruch haben.

Als die Stadt Eberswalde ihre weiterführenden Schulen an den Kreis abgab, war die Schließung und der Abriß der Albert-Einstein-Oberschule im Brandenburgischen Viertel und der aufwendige Aus- und Neubau von zwei »Schulkombinaten« in Mitte und Westend die unmittelbare Folge. Für die betroffenen Schüler und Eltern und für die soziale Entwicklung einzelner Stadtteile von Eberswalde hatte das schwerwiegende Auswirkungen. Viele heutige Probleme besitzen kausale Zusammenhänge mit der damaligen Entscheidung.

Dabei ist die »kreisliche Finanzpolitik« ohnehin »weiterhin auf die Bereitstellung finanzieller

Ressourcen für kreisliche Investitionen ausgerichtet«, Kreiszuschüsse für kommunale Investitionen sind also generell und bestenfalls als Ausnahme gedacht.

»Umsetzungsprojekte« zu Punkt 2 des »5-Punkte-Plans«, der »Ärzteoffensive«, mit der mehr Ärzte in den ländlichen Regionen angesiedelt werden sollten, sucht man im »Grundlagenpapiers« vergeblich. Hier heißt es, daß die »Aktivitäten zur Schaffung der Gesundheitsregion Barnim ... fortgesetzt« werden und dabei »der Ausbau und die Entwicklung der kreiseigenen Gesundheitsholding als Kern der Gesundheitsregion im Mittelpunkt stehen« werde.

Von der dritten Forderung des »5-Punkte-Plans«, zur Unterstützung von kleinen und mittleren Unternehmen im Barnim »ein Kleinstkreditprogramm im Gesamtvolumen von 300.000 Euro jährlich« aufzulegen, findet sich im »Grundlagenpapier« ebenso wenig, wie von der Idee der kostenfreien ÖPNV-Nutzung und der »Barnim-Card« für Ehrenamtler in Punkt 4. Schließlich wandelte sich auch die in Punkt 5 formulierte Idee, eine kreisliche Energiegenossenschaft zu gründen, »an der die Barnimerinnen und Barnimer sowie Kommunen Genossenschaftsanteile erwerben können«, in den Allgemeinplatz der »Kreiswerke«.

Auf der Versammlung am 21. Februar hatte die Eberswalder LINKE nicht zuletzt auch zur Frage diskutiert, warum ihre Partei zu den Wahlen 2013/14 so schlimm abgestraft wurde. Den »5-Punkte-Plan«, die Realisierung im »Grundlagenpapier« und die Widerspiegelung in den Worten des Kreisvorsitzenden kann jeder vergleichen – und muß dann über die Antwort nicht mehr lange grübeln.

Im Expertenkreis des Bundesbauministeriums

Eberswalde (prest-ew/bbp). Eberswaldes Baudezernentin Anne Fellner wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit in einen Expertenkreis zur Gestaltung des Programms Stadtumbau berufen. Die Fachleute beraten die Zusammenlegung der Förderinstrumente Stadtumbau Ost und Stadtumbau West zu einem einheitlichen, inhaltlich aufgewerteten Bundesprogramm. Anne Fellner vertritt dabei als eine von zwei Experten die Interessen der ostdeutschen Kommunen.

»Dabei kommt mir die Aufgabe zu, die besondere Situation der ostdeutschen Städte im Umbau einzubringen. Auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung gibt es in Ostdeutschland als Folge der Deindustrialisierung und des demografischen Wandels eine Sondersituation, die auch in Zukunft in der Gestaltung des Stadtumbauprogrammes Berücksichtigung finden muß. Dafür setze ich mich in dem Expertenkreis ein«, so Anne Fellner,

»Das Programm Stadtumbau Ost ist das wichtigste Instrument zur Förderung der Stadtentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern und mit jährlich 210 Millionen Euro das finanziell größte Programm der Städtebauförderung des Bundes. In Eberswalde wären so wichtige Projekte wie die Sanierung der Messingwerksiedlung, der Kita Sonnenschein, der Grundschule im Brandenburgischen Viertel, der Bau der Kita im Bürgerbildungszentrum Amadeu Antonio oder die Neugestaltung des Luisenplatzes ohne die Förderung durch dieses Programm nicht denkbar gewesen, sagt die Baudezernentin.

Die hohe Wertschätzung könnte für Eberswalde allerdings auch Nachteile haben. So bekam Anne Fellner bereits mehrere attraktive Stellenangebote von außerhalb, heißt es. Da auch dem neuen Sozialdezernenten nachgesagt wird, daß er sich nach einem neuen Job umschaut, könnte Eberswalde bald zur Dezernentenfreien Stadt werden.

»GaGroKo« im Barnim

Die großen Fraktionen im Kreistag Barnim – LINKE, SPD und CDU – haben sich zur »GaGroKo«, zur »Ganz Großen Koalition« zusammengeschlossen. Offensichtlich aus Angst vor unliebsamen Abstimmungsüberraschungen und einer »Unregierbarkeit« des Barnim, schmiedeten die drei Parteien unter der Ägide von Landrat Ihrke dieses bisher wohl einzigartige Bündnis.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wird sich davon nicht beirren lassen. Wir werden auch weiterhin sachlich, kritisch und lösungsorientiert unsere Positionen vertreten und uns für die Interessen der Bürger und den Schutz der Umwelt einsetzen. Der demokratischen Kultur im Kreistag und der Suche nach den besten Lösungen tut diese von Machtinteressen geleitete Koalition natürlich gar nicht gut.

Letzteres wurde im vergangenen Kreistag erstmals ziemlich deutlich. Alle Beschlußanträge der großen Drei wurden unverändert durchgewunken, Änderungsvorschläge oder eigene Anträge der kleinen Fraktionen abgeschmettert. Die Liste der Antragseinreicher wies erstaunliche neue Kombinationen auf. So gab es gemeinsame Anträge von Die Linke/SPD/CDU oder von Die Linke und SPD und auch von SPD und CDU. Die SPD beklatschte einen Antrag der Linken, als wäre es ihr eigener. Der Beigeordnete Carsten Bockhardt (CDU) lieferte gegensätzliche Aussagen zu Anträgen, gerade so, wie es in den Kram paßte. Auf Nachfrage zu einem Antrag der SPD antwortete der Landrat, obwohl er weder gefragt noch Einreicher war und auch kein Fraktionsmitglied ist.

Obwohl der Kreistag nach der letzten Kommunalwahl noch bunter wurde, haben die kleineren Fraktionen unter dieser neuen Konstellation kaum eine Chance auf Mitbestimmung und Gehör. Bekämpft man so Politikverdrossenheit? Wohl kaum!

DORIS STAHLBAUM, Stell. Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Barnim

Neue Finanzchefs

Bernau/Ebw. (prest-ew/bbp).

Die neue Bernauer Finanzdezernentin RENATE GEIBLER wird bereits am 1. April ihren Dienst in Bernau aufnehmen. Ihr Nachfolger als Amtsleiter der Kämmerei der Stadt Eberswalder wird PATRICK LIEBCHEN (Foto). Die Stadtverordneten haben auf ihrer Sitzung am 26. Februar einen entsprechenden Vorschlag bestätigt. Patrick Liebchen ist 1985 in Eberswalde-Finow geboren und lebt seither ununterbrochen in der Barnimer Kreisstadt. Der Verwaltungsfachmann war bislang in Wriezen tätig, unter anderem als Teamleiter in der Kämmerei der Stadt. Zuletzt war er Leiter der Controllingabteilung des kommunalen Wohnungsunternehmens HAGEBA Wriezen.



Foto: Stadt Eberswalde

Umgehung durchs Wohngebiet?

Am 25. Februar tagte in Bernau der Ausschuß für Stadtentwicklung und Verkehr zum Bau einer Umgehungsstraße und der Vorstellung des Verkehrskonzeptes »Studie Altstadt-ring«. Da war nicht nur zu erkennen, daß die seit den 90er Jahren diskutierten Umgehungsstraßen-Lösungen immer noch nicht baureif sind. Auch wurde allerlei Dilettantismus vorgestellt. Einmal soll ein durchgehender Einbahnstraßenring den Verkehrskollaps verhindern, ein anderes Mal das Aufbohren einer Einfamilienhaussiedlung zur Benzinpiste. Die letzte baulich umgesetzte Großkonzeption erfolgte mit dem Ringbau Jahnstraße – Lohmühlenstraße zu den Arbeiterfestspielen der 80er Jahre incl. Europakreuzung. Toller Asphalt überzog ab da in Bernau alle buslastigen Straßen. Anliegerseitig waren im wesentlichen die Aufgabe und Umnutzung kommunaler Flächen betroffen. Heute handelt es sich u.a. um Grundstücke mit Grundsteuerhebesatz 400% mit Asphaltkleckerbahn ohne kommunal getragene Fußwege. Wo kommen wir hin, wenn für fragwürdige Konzepte von Verkehrsfantasten Wohnstraßen als Durchfahrt-Silo geopfert werden? Derartiges mißachtet Grundregeln städtischer Gemeinschaft und läßt zudem Preise von Grundstücken ins bodenlose fallen. Ich kann da nur sagen, laßt mal bloß die Wohnstraßen in Ruhe, sonst gibt es Krieg!

THOMAS TOBLER

Versagen der Politik führte zu Klagen

Bernau (tt). Eine von betroffenen Bürgern im Gebiet des Wasser- und Abwasserverbandes (WAV) »Panke/Finow« gebildete Prozeßgemeinschaft wird einer am Oberverwaltungsgericht (OVG) Berlin-Brandenburg anhängigen Normenkontrollklage beitreten. Das verkündete Peter Ohm, der Präsident des Verbandes Deutscher Grundstücksnutzer (VDGN), am 24. Februar auf dem Bernauer Marktplatz den Teilnehmern der 70. Dienstagsdemo der Bürgerinitiative gegen Altanschließerbeiträge im WAV-Gebiet.

Es gebe inzwischen 4 Musterklagen im Land Brandenburg, sagte Ohm. Die sind allerdings aktuell ruhend gestellt, weil die unentschiedene Normenkontrollklage das weitere Verfahren hemmt. Daher sei derzeit Stillhalten angesagt,



Foto: THOMAS TOBLER

um die laufenden Verfahren nicht zu gefährden. Daß überhaupt geklagt werden müsse, sei »Folge des Versagens der Politik«, so Ohm.

Jusos Barnim zum Nahverkehrsplan

Es geht nicht, daß Großteile des Busverkehrs im ländlichen Raum ab 2017 nur noch per Rufbus verkehren. Es muß ein Mindestmaß an Taktverkehr erhalten bleiben. Die Umstellung auf Anrufbus ist eine weitere Hürde für die Fahrgäste, so daß der öffentliche Nahverkehr im ländlichen Raum noch unattraktiver wird. Da ist auch die SPD Barnim in der Pflicht, Versprechungen aus ihrem Wahlprogramm zu halten. Uns wird von Schülerinnen und Schülern zugetragen, daß sie oft stehen müssen, wenn sie

in die Schule gebracht werden. Hier muß man dafür sorgen, daß ausreichend Sitzplätze vorhanden sind. Die Jusos kritisieren auch das Verfahren rund um die Erstellung des Nahverkehrsplans im Barnim. In anderen Landkreisen mit ähnlicher Zeitschiene hat man den Entscheidungsträgern mehr Vorlauf gewährt, um über den Nahverkehrsplan zu diskutieren. Im Barnim geht das mal wieder Hauruck durch die kalte Küche. Das geht so nicht!

FLORIAN GÖRNER

Heerstraßenbau wie einst bei Goethe in Weimar

Panketal bleibt weiter Zanketal: Beim kommunalen Straßenbau, bei der Regenentwässerung und beim ÖPNV.

Der Schwerpunkt des Bürgerwiderstandes hat sich jedoch aus dem Tal der Panke auf die Barnimhöhe zwischen Schwanebeck und Berlin-Buch verlagert.

Mehr als 6 Millionen Euro müssen die Gemeinde und Anwohner für den üppigen Ausbau ihrer Wohnstraßen und für die Abführung des Regenwassers in die Nordsee berappen. Anstatt die wenig befahrenen Wohnstraßen als Mischverkehrsfläche Wohnumfeldgerecht auszubauen, hat eine Arbeitsgruppe von Gemeindevertretern die Straßenklassifizierung und die Straßenquerschnitte selbstherrlich und willkürlich festgelegt.

Besonders pikant ist die Klassifizierung von zwei parallel verlaufenden Wohnstraßen in Neu Buch – der Kleiststraße und Goethestraße. Die Kleiststraße verläuft mittig durch das Wohngebiet und ist sehr gut geeignet, die Buslinien zwischen den S-Bahnhöfen Berlin-Buch und Berlin-Hohenschönhausen aufzunehmen. Deshalb wurde die Kleiststraße einst als Sammelstraße und die Goethestraße als Anliegerstraße eingestuft.

Bei Sammelstraßen müssen die Anwohner nur 40 % Ausbaubetrag bezahlen, bei Anliegerstraßen jedoch 75%. Die Klassifizierung wurde nun aus irgendwelchen Gründen geändert. Die Kleiststraße wurde Anliegerstraße

und ist nun nicht mehr für den Bus geeignet. Dieser soll dann über die am Friedhof liegende Goethestraße fahren, wo es erfahrungsgemäß sehr wenige aktive Fahrgäste gibt.

Warum die Straße mit Namen des Dichteministers so üppig als Sammelstraße ausgebaut werden soll, wird gegenwärtig erkundet. 1779 leitete Goethe als Minister die Direktion der weimarischen Kriegs- und Wegebaukommission. Sind es vielleicht die Aufmarschwege für die Heere der mit ständigen Auseinandersetzungen verfeindeter Gruppierungen in Panketal? Sind es vielleicht prominente Anwohner? Es wird erzählt, daß es die Zahlungsverpflichtungen von vier in der Goethestraße wohnenden Mandatsträgern sein sollen.

In der Goethestraße wohnen tatsächlich eine Gemeindevertreterin, die auch das Regenentwässerungskonzept erstellt hat, zwei Ortsbeiräte von Schwanebeck und der Bürgermeister von Panketal. Als Anlieger der Anliegerstraße müßten diese Mandatsträger 75% bezahlen. Als Anlieger der Sammelstraße nur 40%. Da wohnt man doch lieber an einer Sammelstraße – oder? Für die Regenentwässerung hatten das einst unabhängig tätige Planungsbüro und ansässige Experten mehr Insellösungen für dezentrale Versickerung im Sanduntergrund der Barnimhöhe errechnet.

Das wäre aber zu billig, errechnete das Planungsbüro der Gemeindevertreterin. Deshalb landet das Wasser nicht im Boden der Barnimhöhe sondern doch in der Nordsee – über ein teures unterirdisches Rohrsystem, ein Regenrückhaltebecken für eine halbe Million Euro, dem Kappgraben, die Panke und über Spree, Havel und Elbe.

Sogar eine seit den 1930er Jahren funktionsfähige Straße mit Namen des Salzburger Musikgenies muß nun aufgerissen werden, damit in die Mitte der Fahrbahn ein Regenwasserkanal eingebuddelt werden kann. Aber in der Wolfgang-Amadeus-Mozart-Straße regt sich Widerstand. 54 von 57 Anwohner wollen ihre Pflasterstraße kostengünstig behalten.

Im Ortsentwicklungsausschuß, im Hauptausschuß und in der Gemeindevertretung wurde die Beschlußvorlage des Bürgermeisters vertagt. Zwei unterschiedliche Anträge der Verwaltung und meiner Fraktion Unabhängige Grüne sind am 16. März im Ortsentwicklungsausschuß auf der Tagesordnung. Mal sehen ob man im Zanketal einen befriedigenden und befriedenden Kompromiß findet – oder ob immer breitere Heeresstraßen erforderlich werden – wie einst in Weimar bei Goethe – dem Minister für Kriegs- und Wegebau.

JOCHEN BONA, Panketal

Eberswalde endlich liberal verwalten?

Dem Amtsblatt der Stadt Eberswalde Nr. 2/2015 vom 17. Februar kann man in der Rubrik »Aus den Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung« entnehmen, daß die Eberswalder FDP unter dem Gesichtspunkt liberaler Politikansätze das kommunalpolitische Agieren der Stadtverordneten auf den Prüfstand stellen möchte.

Man brauche, so Martin Hoeck, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde, »ein glaubwürdiges Signal« der ernsthaften Bestrebungen der Politik, Verwaltung und Stadtverordnete einer erneuten Aufgabenkritik zu unterziehen. Die Erfahrungen der letzten Jahre hätten gezeigt, »daß die inhaltliche Diskussion der (wenigen) in den Ausschüssen behandelten Beschlußvorlagen eine unnötige Doppelbelastung war, die insbesondere auch der Verwaltung Doppelbelastungen bescherte«. Seine Initiative wolle ferner die Effizienz der Arbeit in den Ausschüssen hinterfragen.

Die FDP in Eberswalde, so könnte man Herrn Hoeck interpretieren, will endlich ernst machen und durch Einengung der Kompetenzen der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung mehr Entscheidungsfreiheit für die FDP-geführte Verwaltung umsetzen. Die vielen Ausschüsse und Beiräte der Stadtverordnetenversammlung behindern also das uneingeschränkte Handeln der Verwaltung. Der Wegfall von zwei Ausschüssen soll den Aufwand für die Verwaltung beträchtlich vermindern. In den zusammengelegten Ausschüssen könnten in der zur Verfügung stehenden Beratungszeit nur noch die wichtigsten Probleme beraten werden. Die vielen, nur einige Bürger interessierenden Randprobleme, blieben außen vor.

Nach Auffassung der FDP würde das der kommunalen Verwaltung mehr Effektivität geben, da ja dort die Sachkunde angesiedelt ist. Es geht also einen Schritt zurück in der demokratischen Mitwirkung, indem man aus zwei Ausschüssen einen oder besser gar keinen bildet. Unnötig bestehende Gremien bergen doch nur die Gefahr von Verzögerungen von Entscheidungen durch lästiges Hinterfragen und lange Diskussionen in sich.

Lästige Ausschüsse? Ist der Gedanke der Bürgerkommune in der Eberswalder FDP-geführten Verwaltungsspitze ad acta gelegt worden? Unterschätzt man demokratische Mitwirkung, Einflußnahme und Kontrolle gewählter Volksvertreter? Es stellt sich prinzipiell die Frage, ob Ausschüsse nur unnützes, lästiges Beiwerk der kommunalen Demokratie sind. Man könnte schlußfolgern, daß man auf die Kompetenz und Sachkunde von Ausschüssen und Beiräten gänzlich verzichten kann, da ja alle Dezernate mit fachkundigen Angestellten und Beamten besetzt sind.

Das fortgesetzte, Aufmerksamkeit fordernde, weil gut durchdachte Antragstellen u.a. der kleinen Fraktionen der GRÜNEN und des Alternativen Wählerbündnisses Eberswalde, wäre somit endlich eingedämmt.

Die Verwaltung bekäme dann die Freiheit, nachhaltig, freiheitlich und liberal entscheiden

zu können. Dabei gibt es auch bei anderen Stadtverordneten die Meinung, daß man eigentlich gar keine Beiräte für die Stadtverordnetenversammlung bräuchte und man ist nun auf dem besten Weg, mittels eines Kulturforums im April 2015 zunächst einmal den Kulturbeirat zu deinstallieren. Vergessen der Brief des Vorsitzenden des Kulturbeirates, Herrn Gläßer, in dem er sich am Ende der vorigen Wahlperiode über mangelnde Bereitschaft der Stadtverordneten zur konstruktiven Zusammenarbeit beklagte (BBP 6/2014).

Der Kulturbeirat, der z.B. lange darauf warten mußte, daß ihm die Stadtverordneten eine Präambel für ein durch ihn zu erarbeitendes Antirassismuskonzept zuarbeiten. Sollte ein Kulturbeirat nicht mehr gewünscht sein, greift man sicher auf kompetente Mitarbeiter der Stadtverwaltung zurück, diese Konzeption zu erstellen. Damit würde man sich auch unnötige, zeitaufwendige Diskussionen in Ausschüssen oder anderen Beiräten ersparen.

Bürgernahe Beiräte und Ausschüsse werden also von einigen als lästig empfunden und die Erfahrungen haben gezeigt, daß ein Modell wie der sogenannte Eberswalder Bürgerhaushalt mit »Brot und Spielen« viel mehr Eberswalder und vor allem schneller und massenwirksamer mobilisiert, als lange, zeitraubende Diskussionen in Sitzungen.

Meine persönlichen Erfahrungen besagen, daß man statt weniger, noch mehr Ausschüsse mit noch spezifischeren Aufgabenstellungen und viel mehr Zeit bräuchte, um Probleme bürgernah und transparent zu diskutieren, zu lösen und einen größeren Gestaltungsspielraum zu gewinnen. Wären die Ausschüsse noch spezialisierter, wäre die Bürgerbeteiligung vielleicht noch größer, wirksamer, dynamischer und differenzierter.

In ihren veröffentlichten Grundsätzen geht die FDP davon aus, daß die Kommunen das Fundament der Gesellschaft sind und Städte und Gemeinden die Basis unseres Gemeinwesens. Hier fände die Demokratie ihre Grundlage. Hier entstehe kulturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Dynamik. Auf kommunaler Ebene könnten Politiker Bürgernähe und einen großen Gestaltungsspielraum genießen. (vgl. Internet-Auftritt der FDP)

Schränken wir also diese Gestaltungsspielräume nicht ein, sondern erweitern wir sie in unser aller Interesse.

Dr. ILONA PISCHEL

Transparenz für Fernwärme

Eberswalde (bbp). Die städtische Wohnungsbau- und Hausverwaltungs-GmbH Eberswalde (WHG) bezieht die Wärme für ihre fernbeheizten Wohnungen von der EWE. Die Kosten werden als Betriebskosten auf die Mieter umgelegt, die keinerlei Einfluß auf die zwischen WHG und EWE ausgehandelten Preise haben. Sie haben jedoch das Recht auf Information zur Effizienz insbesondere in Vergleich zu Lösungen durch »Eigenversorgungen«.

Allerdings tut sich die WHG damit schwer, ihren Mietern gegenüber die Wärmebezugspreise und die zugrundeliegenden Verträge und Kalkulationen offenzulegen. Mehrere Mieter in Finow-Ost und im Brandenburgischen Viertel hatten sich ausgetauscht und festgestellt, daß ihre Fernwärmepreise pro Megawattstunde zwischen 90 und 130 Euro differieren. Alle Versuche, hinter die Ursachen der erheblichen Differenzen zu kommen, haben die Verantwortlichen der WHG, bis zum Bürgermeister, der die Stadt in der Gesellschafterversammlung vertritt und in Personalunion auch Aufsichtsratsvorsitzender ist, bisher abgeblockt.

Unter Federführung der Fraktion DIE SPD, unterstützt vom Alternativen Wählerbündnis Eberswalde, wird derzeit an einer Beschlußvorlage für die Stadtverordnetenversammlung gearbeitet, um den Bürgermeister als Vertreter in der Gesellschafterversammlung mit der Einholung entsprechender Informationen über die Wärmelieferungsverträge zu beauftragen.

»Im Sinne der Förderung der Akzeptanz der ökologisch günstigen Nutzung von Fernwärme einerseits und dem Anspruch der Mieter auf eine effiziente Versorgung mit Wärme andererseits muß die Stadtverwaltung als Gesellschafter für ausreichende Informationen ihrer Gesellschaft gegenüber den Mietern Sorge tragen«, heißt es in der Begründung. Damit fördere sie auch »die Meinungsbildung der Mieter zur weiteren positiven Entwicklung in der Nutzung der ökologisch günstigen Fernwärme«. Erfragt werden sollen insbesondere die Zahl der angenommenen Vollbenutzungsstunden, die bestellte Anschlußleistung, die Vertragsleistung, die vereinbarten Anschlußleistungen bei Extremsituationen sowie die Inhalte der Preisgleitklauseln. Außerdem sollen die Auswirkungen der Vertragsgestaltung mit dem Wärmelieferanten EWE auf die Preisbestimmung der Wärmelieferungen zwischen WHG und Mietern erläutert werden.

Falls die Wärmeversorgung über eine »Eigenversorgung der Blöcke« gegenüber der Fernwärmeversorgung wesentliche Vorteile für den Mieter bringen könnte, sollen in einem zweiten Schritt entsprechende Vollkostennachweise gegenüber alternativen Investitionen geführt und Vorschläge durch die WHG ausgearbeitet werden. Der Bürgermeister soll die Stadtverordneten und den Ausschuß für Energiewirtschaft bis zum 30. Juni 2015 über das Ergebnis informieren, heißt es im Beschlußentwurf. Derzeit bemühen sich die Initiatoren, weitere Fraktionen als Miteinreicher ins Boot zu holen.

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10

1. Mai in Eberswalde

Eberswalde (bbp). Am 3. März traf sich das Eberswalder Maikomitee bereits zum zweiten Mal. Die Jubiläumsveranstaltung – der 1. Mai wird 2015 zum 125. Mal als Kampf- und Feiertag der Werktätigen begangen – steht unter dem bundesweiten Motto »Die Arbeit der Zukunft gestalten wir«. Wie der DGB-Kreisvorsitzende Ralf Kaiser informiert, wird es in diesem Jahr, wenn das die Mitarbeiter des von der Schließung bedrohten Bahnwerkes wollen, vor der Maikundgebung wieder einen Demonstrationzug durch die Stadt geben. Der DGB-Chef geht davon aus, daß die Bahnwerk-Beschäftigten den 1. Mai für ihren Kampf um den Erhalt des einstigen RAW nutzen werden.

Am ersten Maikomiteetreffen am 10. Februar hatten 21 Vertreter verschiedener Organisationen und Parteien teilgenommen, darunter DIE LINKE, die SPD und die Bürgerfraktion. Allerdings hatten nicht alle Teilnehmer der Vorjahre eine Einladung erhalten.

Nach der Demo beginnt um 10 Uhr auf dem Marktplatz die Kundgebung. Als Redner hat der stellvertretende Vorsitzende der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft Klaus-Dieter Hommel zugesagt. Angefragt wurden außerdem die Brandenburgische Sozialministerin Daniela Golze (DIE LINKE) und der Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke (SPD). Nach den Reden soll es um 11.30 Uhr eine Podiumsdiskussion zum Thema Bahnwerk geben. Die Live-Musik sorgt in diesem Jahr Carly Peran.

Ab Mittwoch, 4. März, 15.30 Uhr:
Schülerkunst an der Alten Brauerei
 Präsentation großformatiger Fassadenplakate
 Edeka-Markt, Wilhelmstraße 41

Jazzige Forschungsreise

21. Jazz in E. Festival vom 13. bis 16. Mai

Wir machen uns nach dem tollen Jubiläumsfest im Vorjahr auf eine neue mehrjährige thematische Forschungsreise. Mit dem Auftaktthema des neuen Zyklus »Tribal & Grooves« will »Jazz in E.« musikalische Roots und aktuelle Musik in Verbindung bringen.

Und so werden archaische Rhythmen, wie auch bester »funky stuff« dieser Tage, den Saal des Paul-Wunderlich-Hauses auf gehörige Temperaturen bringen. Die Programmwerdung ist in den allerletzten Zügen und so wird ganz in Kürze das komplette Programm veröffentlicht. Erste nicht mehr nur vereinzelt Hinweise erscheinen schon immer auf der Facebookseite von Jazz in E. (www.facebook.com/jazzine). Den schwer zu toppenden Festivalpaß (38 bzw. 30 EUR für alle vier Konzerttage oder 50 bzw. 42 EUR dann sogar incl. Festival-T-Shirt) gibt es schon immer auf den Guten-Morgen-Veranstaltungen. Karten für die Einzelkonzerte gibt es erst zu einem späteren Zeitpunkt, auch der Online-Kartenvorverkauf startet erst zu einem späteren Zeitpunkt.

UDO MUSZYNSKI

»Dschungelheim« mitten im Wald

Landkreis Barnim plant Massenunterkunft für 670 Flüchtlinge bei Ladeburg

Die Barnimer Willkommensinitiativen begrüßen die Aufnahme schutzsuchender Menschen im Barnim. Allerdings sollte ihre Unterbringung auch menschenwürdig sein.

Der Landkreis Barnim plant insgesamt 670 Flüchtlinge in einer ehemaligen Luftwaffenkaserne im Wald bei Ladeburg unterzubringen. Bereits in wenigen Monaten sollen die ersten 200 Flüchtlinge einziehen. Dies widerspricht den Forderungen von Flüchtlingsrat Brandenburg, Caritas, Diakonie und Paritätischen Wohlfahrtsverband, höchstens 60 Menschen in einer Einrichtung leben zu lassen.

Die VertreterInnen der Barnimer Willkommensinitiativen fordern, den Flüchtlingen Wohnungen zur Verfügung zu stellen. So gibt es z.B. in Eberswalde viele leerstehende Wohnungen, die saniert werden könnten. In Bernau und anderen Orten in der Nähe von Berlin gibt es kaum leerstehende Wohnungen. Hier sollten Sozialwohnungen gebaut werden.

Viele Flüchtlinge brauchen ärztliche und psychologische Begleitung, müssen sich völlig neu orientieren und dürfen keine Fristen versäumen. Sie brauchen Zugang zu Beratung und juristischer Unterstützung. Es ist sehr wichtig, daß sie schnell Kontakt zu Menschen finden, die ihre Sprache sprechen. Auch deswegen sind sie auf eine funktionierende und bezahlbare Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr angewiesen. Die Chance, Kontakte zu knüpfen und Unterstützung zu erfahren, steigt mit der Größe der Orte. Wir fordern darum, Flüchtlinge nur in den größeren Ortschaften entlang der Bahnlinien unterzubringen.

Die Situation besonders in großen Übergangwohnheimen ist mit sozialem Streß verbunden und führt immer wieder zu Retraumatisierungen von Flüchtlingen. Ihr Zurechtfinden in der Gesellschaft wird durch eine längere Heimunterbringung unnötig erschwert.

Barnimer Willkommensinitiativen

Geldverschwendung in Finow

Geplante Umgestaltung der Kreuzung an der Friedenseiche wenig sinnvoll

Am 19. Februar hat der Eberswalder Hauptausschuß beschlossen: Für 723.000 Euro wird die Kreuzung Dorfstraße/Brückenstraße vor dem Sitz der WHG in Finow umgebaut. Zwei Drittel des Geldes stammen aus Fördermitteln. Vorgesehen ist u.a. die Anlage eines 2 m breiten Gehweges entlang der Dorfstraße Richtung Kleiner Stern, unterhalb des Kirchenhanges. Dafür ist Grunderwerb, Hangabtrag und die Errichtung einer 30 m langen Betonstützwand erforderlich.

Aus unserer Sicht ist das eine Verschwendung von Steuermitteln, zumal der eigentlich wichtigste Teil der Planung, eine neue Wegebeziehung von der Eberswalder Straße über den Kirchhang zum alten Dorfkern und zum Finowkanal wahrscheinlich nicht realisiert wird.

Zum Hintergrund: Im September 2011 faßte die Stadtverordnetenversammlung einen Selbstbindungsbeschluß zur Umsetzung des Stadtteilentwicklungskonzepts (STEK) Finow. Dem vorausgegangen war ein aufwendiger Planungsprozeß, geleitet von einem Berliner Planungsbüro. Z.B. fand ein ganztägiger Workshop mit breiter Bürgerbeteiligung statt. Ein wesentliches Ziel des Konzepts besteht in der Herstellung einer attraktiven Wegeverbindung zwischen Finowkanal und dem zentralen Bereich um die Eberswalder Straße. Eigens zu diesem Zweck ließ die Stadt 2013 eine Machbarkeitsstudie zum Kirchenhang anfertigen. Das Ergebnis war positiv. Die Studie weist auf die Umgestaltung des Kreuzungsbereiches an der Dorfstraße als Grundvoraussetzung für weitere Maßnahmen hin. Nach kontroverser Diskussion innerhalb der Kirchengemeinde stimmte diese dem Fußweg unter der Voraussetzung zu,

daß die Stadt die Unterhaltungspflicht übernimmt.

Dazu ist die Stadtverwaltung offensichtlich nicht bereit, woran das Projekt nun zu scheitern droht. Von der umfangreichen Planung bleibt so nur der Kreuzungsumbau übrig. Der ist in der vorliegenden Form aus unserer Sicht überdimensioniert und wenig sinnvoll. Wir begrüßen die Verbreiterung des vorhandenen Gehweges zum Kleinen Stern und die Herstellung sicherer Fußgängerquerungen. Dies wäre jedoch mit viel geringerem Aufwand machbar. Die Straßen im Kreuzungsbereich und bis zur Brücke (insgesamt 270 m) komplett aufzunehmen und anschließend mehr als 4.000 Quadratmeter Straßen- und Wegebelag wieder herzustellen, erscheint mehr als fragwürdig. Ebenso der Gehweg unterhalb des Hanges.

Eine neue Aufenthaltsqualität, wie in der Planung als Ziel genannt, ist an der stark befahrenen Straße durch das Aufstellen von Bänken und Fahrradständern nicht zu erreichen. Städtebauliche Belange, die zur Aufwertung des historisch wertvollen Areals dringend erforderlich sind, fanden keinen Eingang in die Planung. Die tatsächlichen Wegebeziehungen zwischen Wohngebieten, Einzelhandelsstandorten, den Schulen und Kindereinrichtungen wurden unzureichend analysiert.

Wir plädieren dafür, am Weg über den Kirchenhang unbedingt festzuhalten. Er bringt tatsächlich einen Gewinn für die Finower Bürger. Den Wegeunterhalt für den dann öffentlichen Weg sollte die Stadt selbstverständlich übernehmen. Beim Straßenumbau dagegen kann viel Geld gespart werden, das an anderer Stelle in Finow sinnvoller einzusetzen wäre.

KAREN OEHLER

Aufsichtsräte in kommunalen Unternehmen (Teil 1)

Mitwirkungschance oder Kompetenzverlust

von Dr. Ilona Pischel

Kommunale Unternehmen haben eine Spezifik. Sie sind auf einen öffentlichen Zweck ausgerichtet und somit in die kommunale Aufgabenerfüllung eingebunden. Kommunalverfassungsrechtliche Regeln fordern einen angemessenen Einfluß der Gemeindevertreter auf kommunale Unternehmen in den satzungsgemäßen Aufsichtsgremien.¹ Die Bildung von Aufsichtsräten in kommunalen Gesellschaften ist eine freiwillige Entscheidung der jeweiligen Gesellschaft. Sie kann einen fakultativen Aufsichtsrat einrichten. Die Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim hatte am 1.4.2011 auf Anfrage der Stadtverordneten festgestellt, daß Unterrichtspflicht und Auskunftsrecht nur bestünden, soweit laut Gesetz nichts anderes bestimmt sei.²

Die Verschwiegenheitspflicht von Mitgliedern eines fakultativen Aufsichtsrates, urteilte der Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes am 8.5.2006, kann jedoch durch Gesellschaftsvertrag näher festgelegt, erweitert oder eingeschränkt werden.³

Am 4. und 5. Februar informierte die stadteigene Wohnungsbau- und Hausverwaltungsgesellschaft mbH (WHG) die betroffenen Mieter über den beabsichtigten Abriß ihrer Wohnblöcke in der Potsdamer Allee 45 bis 59, obwohl es nach dem 2009 durch die Stadtverordneten beschlossenen Integrierten Stadtentwicklungskonzept hier keinen Abriß geben sollte. Als im betroffenen Wahlkreis gewählte Stadtverordnete, als Vorsitzende des Ausschusses, der in seinem Namen auch das Wort »Soziales« trägt und als Stadtverordnete, die gegen den Abriß in der Stadtverordnetenversammlung gestimmt hatte, waren mir die Termine dieser Informationsveranstaltungen nicht bekannt. Es waren nur die Mieter geladen.

Selbst zu den betroffenen Wohnblöcken bekamen die Volksvertreter trotz mehrfacher

Nachfragen keine Information. Es war Carsten Zinn, Vorsitzender der Fraktion ALTERNATIVES WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE, der vermutete, daß sich die Abrißblöcke in der Potsdamer Allee befänden und dort viele ältere Bürger und langjährige Mieter der WHG wohnten, die teilweise schon mehrfach umziehen mußten und nun in den Wohnungen bleiben möchten.

Abriß von Wohnblöcken bei gleichzeitig steigenden Mieten, mangelndem sozialen Wohnungsbau und trotz Unterbringungsproblematik von Ausländern und Asylbewerbern?

Ist dies der o.g. »öffentliche Zweck« der kommunalen GmbH? Ist dies eine Entscheidung im Bürgerinteresse, sozialverträglich und von nachhaltiger Bedeutung für den Abbau sozialer Spannungen und Mißstände? Im Handelsregister heißt es zur WHG: »Gegenstand des Unternehmens ist die Versorgung von breiten Schichten der Bevölkerung der Stadt Eberswalde mit Wohnraum zu sozial vertretbaren Mieten.«⁴ Im Aufsichtsrat dieser Gesellschaft, dem auch Politiker der Partei angehören, die sich »100 % sozial« auf ihre Fahnen geschrieben hat, hatte man sich intern zum Abriß verständigt. Offiziell gab es dazu keine Äußerung. Das ALTERNATIVE WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE wollte den Bürgermeister, der die Stadt

Eberswalde in der Gesellschafterversammlung der WHG vertritt und auch gleichzeitig Aufsichtsratsvorsitzender ist, durch Beschluß der Stadtverordnetenversammlung beauftragen, die geplanten Abrißmaßnahmen im Brandenburgischen Viertel zurückzustellen. In der öffentlichen Sitzung der Stadtverordnetenversammlung von Eberswalde am 29. Januar wurde eine Diskussion zur Beschlußvorlage BV/0089/2015 »Kein Abriß von Wohngebäuden im Brandenburgischen Viertel« durch die Stadtverordnetenversammlung mehrheitlich abgelehnt. Begründet wurde dies damit, daß man die Sachlage ja aus diskutierten Vorinformationen hätte kennen müssen. Da ergibt sich die Frage, inwieweit die Informationen über den geplanten Abriß aufgrund dessen, daß ja der Aufsichtsrat Innenorgan einer Gesellschaft ist und nicht nach außen für die GmbH spricht, überhaupt hätten bekannt sein dürfen.

Lediglich vier Stadtverordnete befürworteten in der genannten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die Beschlußvorlage und stimmten somit gegen den Abriß. Was wollte das ALTERNATIVE WÄHLERBÜNDNIS EBERSWALDE erreichen: Die Gesamtheit der Stadtverordnetenversammlung sollte eine Entscheidung des Aufsichtsrates einer kommunalen Gesellschaft beeinflussen und ggf. verändern.

Formal hat das Gesellschaftsrecht Vorrang vor den Interessen der entscheidenden Kommune. Weisungen der Stadtverordnetenversammlung zur Herbeiführung bestimmter Beschlüsse sind schwierig. Es entsteht die Frage, ob an dieser Stelle demokratische Mitwirkung endet.

Fazit ist, daß die Wahrnehmung kommunaler Aufgaben durch Gesellschaften in der Tat zu einem enormen Kompetenzverlust der Steuerungs-, Einfluß- und Kontrollmöglichkeiten der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung in ihrer Gesamtheit, zu Intransparenz, Verunsicherung und Bürgerunmut führen kann.



Abrißkandidat.

Erster Integrationskurs abgeschlossen

17 Flüchtlinge erhielten Zertifikate

Eberswalde (prest-bar). Seit April 2014 gibt es im Land Brandenburg die Möglichkeit, daß auch Asylsuchende und geduldete Flüchtlinge einen 600 Stunden umfassenden Integrationskurs besuchen dürfen. Mit der zusätzlichen Förderung durch den Landkreis, die es ermöglicht, daß die Flüchtlinge zuerst einen Einstiegskurs Deutsch erhalten, ergibt sich ein gutes Fundament für deren sprachliche Kompetenz. Der Eberswalder Träger, DAA, war ei-

ner der ersten im Land Brandenburg und begann bereits im letzten Frühsommer mit einem solchen Kurs. Am kommenden Donnerstag werden 17 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nun ihre Zertifikate erhalten. Die Übergabe der Zertifikate an die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des ersten Integrationskurses für Flüchtlinge fand am 19. Februar in den Räumen der Deutschen Angestellten Akademie, Boldtstraße 22, 16225 Eberswalde statt.

1 – Bbg. Kommunalverfassung § 96 Absatz 1

2 – Untere Kommunalaufsicht des Landkreises Barnim, Schreiben vom 1.4.2011; §97 Abs.7 BbgKVerf

3 – Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Aktenzeichen 4 BV 05.756 vom 8.5.2006, Kommunale GmbH; Aufsichtsratsitzung; Information der Öffentlichkeit

4 – Handelsregister HRB 4458 17.03.1995

Löschangriff intern

Im September 2014 hatte ich im Fachausschuß Wirtschaft und Finanzen erstmalig angefragt, ob interessierte Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an der nächsten Jahreshauptversammlung der Eberswalder Freiwilligen Feuerwehren teilnehmen können.

Veranlaßt von dieser Bitte hatte mich eine Veranstaltung des kommunalpolitischen Forum Brandenburg e.V. zum Thema »Zukunft der Feuerwehr, Feuerwehr der Zukunft«. Hier wurden Empfehlungen und Anregungen für ehrenamtliche Kommunalpolitiker zur Unterstützung der Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren vermittelt. Unter anderen hatten der damalige ehrenamtliche Präsident des Landesfeuerwehrverbandes Brandenburg e.V. Manfred Gerdes und der hauptamtliche Brandenburger Landesbranddirektor Norbert Zoschke sinngemäß geäußert: Es sollte zum guten Ton gehören, daß ehrenamtliche Mandatsträger der Städte und Gemeinden an den Jahreshauptversammlungen der Freiwilligen Feuerwehren teilnehmen.

Leider mußte ich damals darauf aufmerksam machen, daß dies in Eberswalde als »geheime Kommandosache« gehandhabt wird und nur der Bürgermeister sowie der zuständige Fachdezernent und Amtsleiter daran teilnehmen. Im Normalfall erfahren die Öffentlichkeit einschließlich der Eberswalder Stadtverordneten erst im Nachgang aus den Medien, daß eine Jahreshauptversammlung stattgefunden hat.

Im Oktober und November 2014 erneuerte ich meine Bitte im Hauptausschuß und in der Stadtverordnetenversammlung. Mitte Februar bat ich nochmals per eMail den kommissarischen Verwaltungsdezernenten Stefan Müller, in der Sache endlich eine Antwort zu geben. Zur Sitzung des Hauptausschusses am 19. Februar – ein Tag vor der Jahreshauptversammlung – sah sich Bürgermeister Boginski endlich genötigt, sich zu meinem Begehren zu äußern. Erwartungsgemäß ablehnend.

Die angegebenen Gründe sind hanebüchen. Er argumentierte, daß sich die Kameradinnen und Kameraden der Freiwilligen Feuerwehren der Stadt auf seine Rede freuen und danach unter sich sein wollen. Wohl, um den internen »Großen Löschangriff« zu fahren. Da ist schon ernsthaft zu hinterfragen, mit welcher inhaltlichen und organisatorischen Zielstellung die Jahreshauptversammlungen der Eberswalder Freiwilligen Feuerwehren stattfinden. Immerhin werden diese Versammlungen mit öffentlichen Mittel organisiert und durchgeführt.

Nicht zuletzt trägt die Stadtverordnetenversammlung maßgeblich dazu bei, die finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Feuerwehren zu garantieren. Und es sollte zur Normalität gehören, daß Stadtverordnete unkompliziert ins direkte Gespräch mit den Feuerwehrleuten kommen können, um ungefiltert Hinweise, Anregungen und Kritiken zu erfahren.

CARSTEN ZINN

Von den Klandorfern lernen

Das Pflaster der Walzwerkstraße in Finowfurt erhalten

Seit Monaten bemühen sich die Bürger von Klandorf um den Erhalt ihrer historischen Dorfstraße. Mehr als 90% der Anwohner unterstützen die Bürgerinitiative. Es gibt nur wenige, welche die Absicht der Verwaltung stützen, die historische Straße, die allen Anforderungen genügt und ortsbildprägend ist, durch eine sterile asphaltierte (Schnell-)Straße zu ersetzen. Die Kosten sollen selbstverständlich die Anwohner tragen. Seit Jahrzehnten gibt es in Klandorf keine wirksamen, werterhaltenden Instandhaltungsmaßnahmen an der Dorfstraße. Die sind durchaus erforderlich, sind jedoch aus Haushaltsmitteln der Gemeinde zu finanzieren. Dafür war und ist aber nie Geld da!

Die Situation ist derjenigen in der Finowfurter Walzwerkstraße durchaus vergleichbar. Ich habe unseren Gemeindevertreter Dr. Andreas Steiner gebeten, die im Jahre 2014 begonnene Unterschriftensammlung fortzusetzen und einen Gemeindevertreterbeschuß herbeizuführen, der dem Anliegen auf dem Unterschriftenblatt entspricht. Ein solcher Beschluß ist im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Schorfheide sehr wichtig!

Mit Hinweis auf die Zusammensetzung der Gemeindevertretung ist es aber erforderlich,

hier erheblichen öffentlichen »Druck« zu machen! Es kann nicht anders sein: Was in einer Straße passiert, das entscheiden die Anwohner der Straße, nicht Leute, die nicht betroffen sind und gar in anderen Ortsteilen wohnen!

Seit einigen Tagen liegt mir eine Ausarbeitung vor, die – auch aus denkmalpflegerischer Sicht – das Anliegen aller derjenigen unterstützt, die sich für den Erhalt historischer Straßenräume einsetzen.

In der Walzwerkstraße ist der Erhalt des robusten Granitpflasters auch aus wirtschaftlichen Gründen dringend geboten. Nach Beseitigung des seit Jahren aufgelaufenen Reparaturstaus kann die Straße noch weitere einhundert Jahre und länger halten, ohne ständig hohe Kosten zu verursachen, die bei einem Asphaltbelag unvermeidbar sind.

Als Anwohner müssen wir Augen und Ohren offen halten, damit wir nicht eines Tages von der Verwaltung überrumpelt werden. Die Klandorfer Bürgerinitiative hat es vorgemacht. Alle dort vorgebrachten Argumente passen auch gut für andere Straßen in der Gemeinde Schorfheide, wie z.B. auch für die Walzwerkstraße in Finowfurt.

JOHANNES MADEJA

Barnimer Kulturpreis 2014:

Die Hobbykeramiker von Senftenhütte

Senftenhütte (b90/bbp). Am 13. Februar ist der 16. Barnimer Kulturpreis an den Verein Keramikhütte e.V. aus Senftenhütte verliehen. Der Preis ist wieder mit 750 Euro dotiert, die von bündnisgrünen Kreistagsabgeordneten gespendet wurden. »Die Entscheidung der Jury für den Kulturpreis 2014 war eindeutig«, erklärt dazu Karl-Dietrich Laffin, Sprecher des Regionalverbands Oberbarnim der Grünen und langjähriger Betreuer des Kulturpreises. »Sie fiel bereits vor Weihnachten. Die heutige Jahresversammlung des Vereins nehmen wir zum Anlaß, den Preis in würdiger Form zu überreichen.«

Seit 2002 treffen sich die keramikbegeisterten Senftenhütter und ihre Gäste regelmäßig jeden Freitagabend zum gemeinsamen Töpfern. 2006 erfolgte die offizielle Vereinsgründung. In der Zeit des Bestehens sind viele Projekte realisiert worden, die im Ortsbild von Senftenhütte aber auch in der näheren und weiteren Umgebung zu bewundern sind. Beispiele sind die kreativ gestalteten Hausnummern der Senftenhütter oder die Stele zur Geschichte des Ortes am Radlerrastplatz.



Torsten Kleinteich und Karl-Dietrich Laffin von den Barnimer Bündnisgrünen übergeben den 16. Barnimer Kulturpreis an Hartmut Lindner und die Vereinsvorsitzende Margret Maßuthe (v.l.n.r.).

Inzwischen hat der Verein unter der Leitung der Vorsitzenden Margret Maßuthe auch auswärtige Mitglieder und etliche Hobbykeramiker aus den umliegenden Dörfern und Städten kommen als Arbeitsgäste in die Werkstatt nach Senftenhütte. Einmal im Monat bietet der Verein Töpfern für Kinder an. Alljährlich wird ein Oster- und ein Weihnachtstöpfern veranstaltet. Regelmäßig sind die Vereinsmitglieder auf Dorffesten, bei Projekttagen an der Schule oder im Kloster Chorin präsent. Seit 2014 läuft auch ein deutsch-polnisches Projekt zur Gestaltung eines Mosaiks an einer Grundschule in Swobica.

Von Überfremdung keine Spur

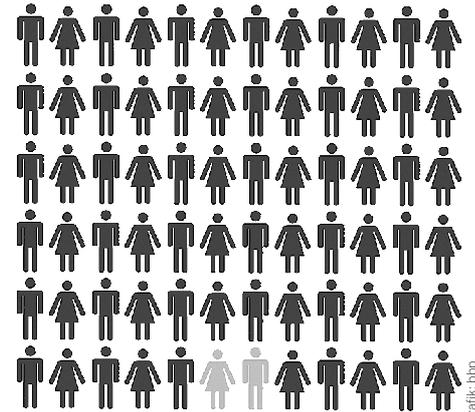
Das Abendland braucht sich vor Ausländern nicht fürchten

Vor dem Hintergrund der Pegida-Demonstrationen und dem Frust vieler Menschen über die Mängel der staatlichen Politik, die angeblich zu viele Ausländer ins Land holt, hilft ein Blick auf die nackten Zahlen, die die Ausländerbehörde des Landkreises Barnim zur Verfügung stellt, um die wahre Sachlage darzustellen.

Von den 40.000 Eberswalder Einwohnern haben 1.100 einen Migrationshintergrund, die über die ganze Stadt verteilt wohnen. Das sind zwei Menschen je 72 Einwohner. Am anschaulichsten ist das Bild eines großen Wohnblocks, in dem eine ausländische Familie zusammen mit 36 deutschen Familien wohnt. Das muß also niemandem Angst machen, im Gegenteil: die Eberswalder Migranten haben einen ganz eigenen Erfahrungshintergrund, den sie in die Zivilgemeinschaft einbringen können. Und von einer Islamisierung kann erst recht keine Rede sein. Die meisten hier lebenden Ausländer sind Polen, gefolgt von Russen, Ukrainern,

Vietnamesen und Ungarn. Dann folgen eine Vielzahl von Herkunftsländern aus der ganzen Welt, mit Zahlen, die sich im Promille-Bereich bewegen. Viele unserer russischsprachigen Mitbürger aus der ehemaligen Sowjetunion sind keine Ausländer, sondern Deutsche mit allen staatsbürgerschaftlichen Rechten. Sie tauchen in der Statistik nur bei der Frage des Migrationshintergrundes auf.

Das immer prekärer werdende Flüchtlingseiland ist natürlich auch für den Barnim eine Herausforderung. Der Landkreis kann aber nicht seine Türen und Herzen verschließen, wenn andere Menschen in Not sind. Es stehen



Grafik: bbbp

genügend Wohnungen leer, in denen Flüchtlingsfamilien untergebracht werden können. Und wenn es zwei Migrantenfamilien sind, die in einem Block wohnen würden – vom Untergang des Abendlandes ist der Barnim meilenweit entfernt!

WILLI KOMER

Losrat Bodo I. schlägt wieder zu

Die Bombe platzte erst zwei Tage nach der jüngsten Kreistagssitzung: LandLosrat Bodo Ihrke erwähnte in seinem Bericht, daß in der Kreisverwaltung die Kontaktstelle Asyl geschaffen werde. So weit so gut und angesichts der steigenden Asylbewerberzahlen auch richtig. Was er aber verschwie, war der Fakt, daß diese Stelle nicht geschaffen wird, sondern bereits seit zwei Wochen mit der zuständigen Sachbearbeiterin besetzt war. Und diese ist – wie sich nun herausstellte – seine enge Parteivertraute Petra Bierwirth. Jene Petra Bierwirth, die jahrelang nutzlos im Landtag und Bundestag herumsaß und im vergangenen Jahr nicht in den Kreistag wiedergewählt worden ist. Seit geraumer Zeit werden Bierwirth Ambitionen für eine Kandidatur als Landrätin im Jahr 2018 nachgesagt. Nun bekommt sie einen Vorbereitungsposten in der Kreisverwaltung.

Es ist nicht das erste Mal, daß die SPD ihre Genossen, die es bei der Wahl nicht geschafft haben in das angestrebte Parlament zu kommen, im Bereich des öffentlichen Dienstes »zwischenparkt«. Für die jetzige Landtagspräsidentin Britta Stark wurde vor Jahren extra ein Abteilungsleiterposten im höheren Dienst mit ca. 4 Unterstellten im Bereich der Prävention im damaligen Landeskriminalamt in Eberswalde geschaffen. Im Moment der erneuten Wahl der Stark in den Potsdamer Landtag wurde die Stelle ganz überraschend wieder gestrichen.

Bierwirth hat schon einiges vergeigt. Von 1995 bis 1997 absolvierte sie ein Zusatzstudium »Umweltwissenschaften und Umweltschutz« an der Humboldt-Universität Berlin. Die ihr dort eventuell vermittelten Einsichten hinderten sie 2007 nicht daran, sich für die Fällung von 700 gesunden Bäumen an der Allee Rüdnitz-Danewitz auszusprechen und sich vehement für eine neue Müllverbrennungsanlage in Eberswalde einzusetzen. Die Fällung der Bäu-

me wurde letztlich von engagierten Umweltschützern verhindert, die für ihren Einsatz von Bierwirth in einem Interview mit der Lokalpresse als unehrlich und fundamentalistisch diffamiert wurden.

Als Geschäftsführerin der Kindernachorgeklinik Berlin-Brandenburg in Bernau bei Berlin ist sie 2013 endgültig gescheitert. Im Kreistag fungierte sie als hemmungs- und vor allem geistlose Einpeitscherin der SPD-Linie und des Landrates. Dafür wurde sie zwar von den Wählern abgestraft, aber jetzt vom herrschenden Klüngel in unverschämter Weise belohnt.

Vergessen wir auch nicht, wie Ihrke und Bierwirth bis vor wenigen Jahren im Kreistag für die Beibehaltung der Gutscheine für Asylbewerber gekämpft haben. Frau Bierwirth hat in den vergangenen vier Jahren keine einzige Veranstaltung des Beirates für Migration und Integration besucht und sich auch in keiner Weise in die Lösung der Unterbringungsproblematik eingebracht. Es steht zu befürchten, daß man den Asylbewerbern mit dieser Personalie nur einen Bärenienst erwiesen hat.

Der Landrat hat den Beirat in der Frage der Stellenbesetzung auch nicht konsultiert. Die Stellenausschreibung lief vom 18. Dezember bis 30. Dezember und damit nur 6 Werktage. BVB/Freeie Wähler wird unverzüglich Akteneinsicht beantragen, um den Ablauf des Bewerbungsverfahrens zu prüfen. Die Besetzung dieser wichtigen Stelle mit einer Parteifreundin ist ein Mißbrauch staatlicher Ämter und auch ein Schlag ins Gesicht der zahlreichen und ehrlich engagierten Asylhelfer, die wahrlich mehr in der Materie stecken als eine ehemalige Berufspolitikerin, die sich einzig und allein durch ihre eherne Parteilinie auszeichnet...

Dr. FRANK VALENTIN

<http://vallisblog.blogspot.de/2015/02/losrat-bodo-i-schlagt-wieder-zu.html>

Straßenräume

Das Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr Brandenburg hat eine Broschüre herausgegeben mit wertvollen Empfehlungen und Hinweisen zum angemessenen Umgang mit dem Straßenraum in Brandenburger Ortschaften nach »Stand der Technik« und städtebaulichen Zielsetzungen des Landes. Sie richtet sich an Entscheidungsträger der Landes- und Kommunalpolitik, Planer und an die Bürger. Die Lektüre ist sehr empfehlenswert und enthält Orientierungen auch für die erhaltende Erneuerung der Dorfstraßen und des Ortsbildes von Klandorf, wie sie von der Initiative zum Erhalt der historischen Klandorfer Dorfstraßen verfolgt wird. LUTZ PAPROTH

www.ls.brandenburg.de/media_fast/4055/Gestaltbroschuere.15741908.pdf

Schülerhaushalte

Die Jusos im Barnim begrüßen den Vorstoß der SPD-Kreistagsfraktion, Schülerhaushalte einzuführen, weil wir darin mehrere Vorteile sehen: Junge Menschen haben sonst nur wenige Möglichkeiten sich zu beteiligen und werden nur selten gefragt, wenn Veränderungen an der Schule anstehen. Auf lange Sicht bekommt die Verwaltung auch einen Blick für Probleme.

Trotzdem dürfen die Schülerhaushalte nicht zu Makulatur verkommen. 10.000 Euro für alle Barnimer Schulen (500 Euro pro Schule im Jahr) sind zu wenig, um damit effektiv arbeiten zu können. Außerdem müssen sie den Schüler*innen echte Mitbestimmung ermöglichen. Vorschläge zur besseren Ausstattung von Schulen allein kann nicht das Einzige sein, was an Mitbestimmung möglich ist. Bei nur 10.000 Euro, sollte man das Geld dem Kreisschüler*innenrat als Budget zur Verfügung stellen. FLORIAN GÖRNER

Beachhandball Masterserie

Die Nachricht schlug wie eine Bombe ein, erstmals seit 2011 möchte der Deutsche Handball Bund (DHB) die Beachhandball Masterserie wieder durchführen. Hintergrund für diesen Beschluß war die Tatsache, daß Deutschland seit 2007 keine Beachhandball-Nationalmannschaft mehr entsandte. Mit Blick auf eine mögliche Aufnahme der Sportart in das olympische Programm möchte man allerdings nicht den Kontakt zur Weltspitze verlieren. Die Beachhandball-Masterserie soll hierbei der Sichtung zukünftiger Nationalspieler dienen.

Bereits im Dezember des letzten Jahres wandte sich der DHB an die »Leuchttürme« der Sportart, also an die überschaubare Zahl der Beachhandball-Vereine, sowie Turnierveranstalter – und somit auch der Eberswalder Beachhandball-Verein, die ZONENBOYS EBERSWALDE E.V., der einer der circa zehn reinen Beachhandball-Vereine in Deutschland ist.

Bereits auf der Mitgliederversammlung Ende Dezember hatten sich die Zonenboy-Mitglieder zur schwierigen Teilnahme an der Serie verständigt. Unklar ist derzeit noch die Durchführung der Serie. So gibt es bisher keine Angaben über die Anzahl der Spiele und dem Ort der Turniere. Bekannt ist lediglich, daß der DHB zwei bis acht Master Turniere plant.

Für die ZONENBOYS gibt es im Hinblick auf eine mögliche Teilnahme an der Serie viel Arbeit. So muß der Kader der Mannschaft vor allem quantitativ verstärkt werden, denn zurzeit stehen lediglich neun Aktive zur Verfügung.

Der Vorstand hat also bis zum Start des Trainings im März alle Hände voll zu tun, um den Kader auf die gewünschten vierzehn Spieler zu bringen, wobei erste Gespräche mit Spielern aus dem Raum Berlin und Brandenburg bereits laufen. Weiterhin gilt es, ein Trainingslager sowie die Fahrten zu den Turnieren zu organisieren, wobei man hier auf die Erfahrung der Verantwortlichen aus früheren Master-Teilnahmen bauen darf. Die Betreuung der Mannschaft als Trainer wird abermals MIRKO WOLFGRAMM übernehmen, der aber schon zur Mitgliederversammlung auf die Notwendigkeit eines externen Co-Trainers hinwies, den es nun ebenfalls zu finden gilt.

Vereinspräsident ROBIN MÜHLBERG weist auf die positive Außenwerbung für die Stadt Eberswalde sowie den Verein hin, die aus der Teilnahme an der Beachhandball-Masterserie erwächst. »Auch wenn Beachhandball eine Randsportart ist, so ist es dennoch nicht selbstverständlich, auf einer Stufe mit den besten Teams dieser Sportart genannt zu werden. Die Gründe hierfür liegen eindeutig im mehr als zehnjährigen Engagement der Zonenboys in dieser Sportart«. So verstehe es sich für den Verein natürlich von selbst, beim Wiederaufbau des deutschen Beachhandballgeschehens tatkräftig zu helfen.

Zonenboys Eberswalde e.V.

Kostenfalle Kanalisation

Es fing an, wie es meist anfängt. Die Bürger einer Straße werden aufgefordert, Beiträge zu bezahlen für den Straßenausbau, eine neue Trinkwasserleitung oder einen Abwasserkanal. In dem Beispiel, worüber am 23. Februar der NDR berichtete, ging es konkret um Schmutzwasserkanalisation, Straßenausbau und einen neuen Regenwasserkanal. Zugleich verbot man den Bürgern, das auf ihrem Grundstück anfallende Regenwasser selbst zu nutzen – etwa für die Gartenbewässerung. Wäre es um ein paar hundert Euro gegangen, hätte der Coup des Bürgermeisters funktioniert. Da es um ein paar tausend Euro ging, fing das Nachdenken an.

Eine Bürgerin suchte sich in ihrer Not Verbündete und fand mit Professor Otterpohl von der Uni Hamburg-Harburg einen ausgewiesenen, international anerkannten Fachmann. Der erklärte ihr, was es mit der Kostenfalle Kanalisation auf sich hat. Die Verbände lassen sich die Übernahme des Schmutz- und Regenwassers gut bezahlen und verkaufen zugleich mehr Trinkwasser – ein gutes Geschäft!

Professor Otterpohl erklärte der Bürgerin, daß Schmutzwasser, besonders aus den Toilettenspülungen, ein kreuzgefährlicher Cocktail von Inhaltsstoffen ist, die selbst in aufwendigsten Reinigungsverfahren nicht entfernt werden können. Es gibt nur eine Lösung: Abbau mit und durch im Erdboden lebende Mikroorganismen, also z.B. im Komposthaufen! Eine prima Lösung ist auch ein Pflanzenbeet. Das macht aus dem Schmutzwasser sogar wieder Badewasser. Es gibt Toiletten, die ohne Wasser auskommen – und die stinken nicht!

Und der Professor zeigte unserer Bürgerin noch mehr: Bei der Kanalisation gibt es ein Problem. Die Kanalrohre müssen regelmäßig gewartet, gereinigt und instandgehalten werden. Zu wenig Wasser schadet den Kanälen und dann funktionieren sie nicht! Deshalb – ein Aberwitz – wurden die immer weniger werdenden Bürger gar schon aufgefordert, mehr Trinkwasser zu verbrauchen und die Toilette kräftig zu spülen – am besten alle gleichzeitig!

Weniger Menschen im Dorf leben, reichen auch die Gebühren nicht mehr aus und werden regelmäßig erhöht. Dagegen wehren sich die Bürger, meistens erfolglos, aber es gibt deshalb immer wieder Ärger!

Um die Einnahmen stabil zu halten wird, in Erwartung neuer Gebühren, immer weiter kanalisiert, mit Fördermitteln und aus den Taschen der Bürger! Mehr Kanäle verursachen wieder mehr Aufwand und dann dreht man weiter an der Gebührenspirale.

In der Sendung tauchte dann ganz plötzlich ein Herr Töpfer auf. Der Mann, auch Professor, ist vielen noch als Bundesumweltminister bekannt. In dieser Funktion hatte er die zentrale Abwasserwirtschaft mit riesigen Klärwerken und kilometerlangen Kanälen, die er jetzt kritisiert, selber organisiert und gefördert oder min-

destens geduldet. Jetzt ist offenbar Altersweisheit über den Mann gekommen. Er meint, es sei positiv zu werten, wenn ein Bürger oder auch ein ganzes Dorf sich dazu bekennt, das Schmutzwasser dezentral aufzubereiten und wieder zu verwenden, vorzugsweise im Kreislauf zu fahren. Das wäre nicht – wie bisher immer unterstellt – unsolidarisch sondern verantwortungsbewußt, ökologisch vernünftig und auch wirtschaftlich! Hört, hört!

Daß die Satzungen der Zweckverbände, die Verwaltungen aller Ebenen und auch die sogenannte Rechtsprechung solche Vernunft verhindern, ja regelrecht verbieten, sagte Herr Töpfer leider nicht. Hat Herr Töpfer vergessen, daß es den, angeblich sogar gesetzlich vorgeschriebenen, Anschluß- und Benutzungszwang gibt, der brachial durchgesetzt wird?

Angesichts der immensen, weiter steigenden Betriebs- und Wartungskosten für die kilometerlangen Kanäle wäre es günstiger – so sagte der Professor – die Fäkalien mit dem Taxi (»Taxi« hat er wirklich gesagt!) ins Klärwerk zu fahren! Hier hat Herr Töpfer sicher ein wenig übertrieben, das sollten wir ihm nachsehen, denn im Kern hat er wohl recht. Das nützt uns aber herzlich wenig, denn der Herr Professor hat ja vielleicht noch was zu sagen (im Fernsehen) aber nichts (mehr) zu entscheiden.

Er taugt höchstens als Alibi für die Behauptung am Schluß der Sendung, in Deutschland hätte ein Umdenken begonnen. Das ist falsch! Alle sog. Aufgabenträger, es mag Ausnahmen geben, marschieren immer noch in die falsche Richtung und kanalisieren munter weiter – mit Fördermitteln versteht sich, denn »dank« der Gemeindegebietsreform gibt es ja keine kleinen Dörfer mehr, in denen man entsprechend EU-Richtlinie Kanäle nicht fördern dürfte.

Der Abteilungsleiter Wasserwirtschaft im Brandenburger Umweltministerium meint, das Land Brandenburg sein kein Wassermangelgebiet. Ihm erschließt sich nicht, »inwieweit es sich bei der Ableitung von gereinigtem Abwasser um einen Irrweg handeln soll«. Nach seiner Meinung »besteht aus wasserwirtschaftlicher Sicht keine Notwendigkeit, die Wiederverwendung von Abwasser zu forcieren«. Damit hat Herr Augustin, so heißt der Mann, die Behauptung vom »Umdenken« eindrucksvoll widerlegt. Also weiter so wie bisher! Ab mit dem Diclofenac und anderen Schmerzmittelchen, mit Röntgenkontrastmitteln und Antibiotika, mit Psychopharmaka und Hormonpräparaten und Kosmetika in die Flüsse und die Nord- und Ostsee.

Kostenfalle Kanalisation – wie wahr, wie wahr! Danke an die beiden Macherinnen der Sendung! Aber Geld kann man drucken!

Viel schlimmer ist die dauerhafte Schädigung unserer Umwelt, weil es letztlich immer nur ums Geld geht. Verlassen wir den Irrweg Kanalisation – jedenfalls auf dem Land!

JOHANNES MADEJA

Alt werden – (k)ein Kunststück

Führender Krebspezialist zur Buchlesung in Bad Freienwalde

Am 21. März liest Professor Dr. Dr. STEPHAN TANNEBERGER im Haus der Naturpflege im Dr. Max-Kienitz-Weg 2 in Bad Freienwalde aus seinem Buch »Alt werden – (k)ein Kunststück«. Der promovierte Chemiker und Mediziner wird sich, wie gewohnt, im Anschluß an die Lesung Zeit nehmen, um mit den Zuhörern ins Gespräch zu kommen.

Meine Frau und ich lernten Professor Tanneberger im Mai 2003 anlässlich einer Lesung in der bekannten Dorfkirche zu Glambeck kennen. Frau Heimtrud Eichhorn vom Verein für Denkmale hatte dazu eingeladen. Pfarrer Ralf Schwieger – Motorad-Fans kennen ihn von den Motorrad-Gottesdiensten, die alljährlich im Friedrichswalde stattfinden – leitete die Lesung ein. Mit den treffenden Worten: »Wohl dem, der sich den Schwachen annimmt«.

Tanneberger las damals aus seinem Buch »Lebensblätter«. Darin schildert er Erlebnisse im Kampf gegen Krebs und Krieg. Nach der Lesung stand er interessierten Besuchern in der Glambecker Kirchenklause als Gesprächspartner zur Verfügung. Zwischen uns bahnten sich Sympathie und Freundschaft an. So schrieb er einige Tage später aus Bologna (Italien), wo er als Professor mit Lehrauftrag tätig war, folgenden herzlichen Zeilen:

Unser Gespräch und die Buchgeschenke, die Sie mir gemacht haben, waren eine riesige Freude für mich. Haben Sie ganz herlichen Dank für alles. Leider war der Besuch in Glambeck viel zu kurz, um ernsthaft zu reden und deshalb wenigstens noch einen Brief. Bei solchen Anlässen gibt's ja immer viele Fragen und Fragende. Das Treffen mit Ihnen war weit mehr. Und vielleicht können wir in Kontakt bleiben.



Prof. Tanneberger nach der Lesung im Haus der Naturpflege 2013.

Tief berührt hat mich das Büchlein von Kurt Kretschmann. Es ist so großartig, Freunde im Geist zu finden. Denn was können wir denn anderes tun, als mit festem Schulterschluss wenigstens das Schlimmste auf dieser armen Erde zu verhindern.

Weitere Treffen folgten, zu Lesungen an verschiedenen Orten, oder zuletzt am 2. März vergangenen Jahres in Bad Freienwalde, anlässlich der Festveranstaltung zum 100. Geburtstag von Kurt Kretschmann.

RUDOLF BEHM

Professor Stephan Tanneberger war von 1975 bis 1990 Direktor des Zentralinstituts für Krebsforschung der Akademie der Wissenschaften der DDR und leitete das nationale Krebsforschungs- und Krebsbekämpfungsprogramm. Nach der Vereinigung ohne Arbeitsmöglichkeiten in Deutschland, widmete er sich der Krebsbekämpfung in Ländern der Dritten Welt, unter anderem in Indien, Bangladesch, Albanien, Nord-Korea. Seit 1993 arbeitet er in leitender Funktion bei der italienischen Associazione Nazionale Tumori (ANT Italia) und ist einer der Hauptverantwortlichen für das weltweit größte Homehospital zur Behandlung unheilbar Krebskranker. 2005 gründete er in Anklam das Zentrum für Friedensarbeit – Otto Lilienthal – Hansestadt Anklam, das er seitdem leitet. Weitere Bücher von ihm: »Es wird einen wunderschönen Frühling geben«, »Notlandung« u.a.

Flugplatz Finow wieder ausgeschildert

Finow (bbp). Am 25. Juli 2014 wurden die Hinweisschilder zum Flugplatz Finow an der Eberswalder Straße in Finow ersatzlos entfernt. Auf dem Flugplatz ansässige Unternehmen wurden somit von der Welt abgeschnitten. HOLGER KALINKA, der mit seiner Firma KAPI electronics auf dem Flugplatz angesiedelt ist, hatte Anfang Oktober im Zuge gemeinsamer Projekte Arbeitsgespräche mit dem Berater des Wirtschaftsministers der Slowakischen Republik Milan Jankura. »Der Transfer der Gäste von der Autobahn zum Flugplatz«, so Kalinka, »gestaltete sich katastrophal. Leider war mir entgangen, daß die Hinweisschilder zum Flugplatz aus mir völlig unerklärlichen Gründen entfernt wurden.« Der Konvoi seiner Gäste wurden dann »nach ca. 40 Minuten Suche kurz vor dem Luftfahrtmuseum



abgefangen«. Er habe sich »natürlich stellvertretend für die Entscheidung meiner Stadtverordneten entschuldigt und die verlorengangene Zeit wieder aufgeholt«. Kalinka wandte sich an den Finower Stadtverordneten VIKTOR JEDE (SPD) mit der Bitte, sich darum zu kümmern, daß die Hinweisschilder zum Gewerbegebiet »Am Flugplatz« wieder aufgestellt werden.

Nach mehreren Nachfragen, informierte nun Viktor Jede, wurden am 9. Februar, sieben Monate nach der Demontage, neue Hinweisschilder angebracht.

Kein Geld für Atom!

Die vorherige EU-Kommission hat skandalöse Atomsubventionen für die Errichtung eines der größten Atomkraftwerke der Welt in Großbritannien gebilligt. Das öffnet dem Neubau von AKW in Europa Tür und Tor. Die Elektrizitätswerke Schönau (EWS) haben direkt bei der EU-Kommission Beschwerde dagegen eingeleitet. Wir haben uns dieser Beschwerde angeschlossen und bitten Euch alle: Macht mit! Jede EU-Bürgerin und jeder EU-Bürger hat das Recht, Beschwerde zu erheben, und es sind auch keine Kosten damit verbunden. Doch nur wenn der Druck von uns Bürgerinnen und Bürgern stärker wird als der Einfluß der Atomlobby, wird die neue EU-Kommission die Fehlentscheidung zurückzunehmen.

HARTMUT PLÖTZ

www.ews-schoenau.de/kampagne

Neuer Verein in Börnicke

Am 1. März 2015 gründete sich in Börnicke der neue Verein »Bürger-Gut-Börnicke«. Die 16 Gründungsmitglieder wählten einen vierköpfigen Vorstand: LUISE PASTRIK, STEFAN KRAUSE, KATRIN RIEDEL und LUDWIG SEEGER.

Ziel des Vereins ist, eine solidarische Landwirtschaft in Börnicke zu betreiben. Bei der solidarischen Landwirtschaft tragen die Verbraucher alle Risiken der Agrarproduktion und entlasten damit solidarisch die in der Landwirtschaft Beschäftigten. Die Börmicker Agrarlandwirtschaft soll dadurch vielfältiger und deutlich umweltfreundlicher werden. Ernteprodukte werden gemeinsam erzeugt und unter den Vereinsmitgliedern aufgeteilt. Perspektivisch sollen auch Überschüsse verkauft und weiterverarbeitet werden. Mittelfristig möchten die Vereinsmitglieder eine Agrargenossenschaft gründen. Eine 8.000 m² große Ackerfläche wurden seit dem Jahreswechsel bereits eingezäunt und vorbereitet. Dort tummeln sich seit dem Wochenende neun Sattelschweine. Diese alte Schweinerasse ist vorm Aussterben bedroht. Die munteren Tiere werden bis zum Herbst die Erde durchwühlen, Unkraut zerstören und damit die Fläche für die nächste Anbausaison vorbereiten. Infos demnächst auf: www.buergergut-boernicke.de

CHRISTIAN REHMER

Wieder Grünannahme

Eberswalde (prest-ew). Der Betrieb der vier Grünannahmestellen der Stadt Eberswalde startet am Dienstag, dem 3. März. Die Annahmestellen am Finower Friedhof, am Schützenplatz, in Nordend und in der Clara-Zetkin-Siedlung sind dann wieder besetzt und die Bürgerinnen und Bürger können dort wie in den Vorjahren gewohnt wieder ihre Grünabfälle abgeben. Die Öffnungszeiten der Annahmestellen sind in allen Ortsteilen gleich: montags bis freitags jeweils von 11.30 bis 18 Uhr und samstags von 8 bis 14 Uhr.

Wir haben das privat bezahlt«, versicherte Walter. »Es war kein Urlaub auf Parteikonsten. Wir sind einfach über das Wahlwochenende nach Griechenland geflogen, um zu sehen, was dort passiert.« Das Hotel im Zentrum von Athen lag nur 500 Meter von der SYRIZA-Parteizentrale entfernt, wo sie gleich nach der Ankunft hingingen. »Wir wurden sofort in die Internationale Delegation gesteckt und bekamen das volle Tagesprogramm, durchorganisiert von 8 Uhr früh bis 22 Uhr abends«.

Die Politik von Angela Merkel wird von den Griechen nicht ohne Grund als Hauptursache für die Kürzungspolitik der letzten Jahre angesehen. Um so bemerkenswerter empfand Sebastian Walter die Herzlichkeit, mit der die Vertreter der deutschen Linkspartei empfangen wurden. Allein, weil sie da waren, erhielten die vier Linkspolitiker aus der BRD den Beifall der Leute. Das dokumentiert die hohe Erwartungshaltung der Griechen an die deutsche LINKE. Dabei würden »keine Care-Pakete« erwartet, sondern insbesondere politische Aufklärung in der BRD über die Wahrheit in Griechenland. Dem werden sich auch die LINKEN im Barnim stellen, so Walter.

Noch am Freitag, erzählt Walter, nahmen sie an der Abschlußpressekonferenz mit SYRIZA-Chef Alexis Tsipras teil, bevor sie am Abend in einem Athener Stadtteil mit einer Einwohnerzahl wie Eberswalde eine Wahlkampfveranstaltung miterlebten. In den Saal, ausgelegt für 1.000 Menschen, drängten sich 3.000. Wenn in den BRD-Medien und an den deutschen Stammtischen immer von den »faulen Griechen« geredet wird, gehe das einfach an den Realitäten vorbei. »Stellt euch vor«, so Walter, »da standen von einem Tag auf den anderen 40.000 Menschen, fast die Hälfte der im Öffentlichen Dienst Beschäftigten, auf der Straße«. Renten wurden halbiert, während die Lebenshaltungskosten zum Teil drastisch stiegen. Infolge der Kürzungen im Gesundheitswesen »sind die Leute vor den Krankenhäusern regelrecht verreckt, weil sie nicht die 500 Euro für ihre Behandlung auf den Tisch legen konnten«.

Die Kürzungspolitik der Troika hat das Land kaputtgespart. Die Milliarden des Hilfsprogramms dienen einzig der Bedienung der Schulden. Nutznießer sind die Privatbanken, nicht zuletzt die deutschen. Bei den Griechinnen und Griechen kam kein Cent an. Die sollen letztlich für die Schulden ihrer Oberschicht zahlen. Denn die sogenannten Hilfen sind ja keineswegs Geschenke, sondern nur neue Schulden. Der Troika geht es nicht darum, das Land nach der Krise wieder aufzubauen. Es geht einzig und allein darum, daß Griechenland diese Schulden zurückzahlt. Deshalb die drastischen Kürzungen (wovon freilich der Verteidigungshaushalt ausgenommen blieb), deshalb der Privatisierungszwang. Es war sogar so, daß die Nea Dimokratia die Reichen besteuern wollte, dies aber von der Troika nicht erlaubt wurde. Erst solle der griechische Staat die Telekommunikationsunternehmen, die

Die griechische Hoffnung

»Wir beginnen in Griechenland und werden Europa verändern!«

Eberswalde (bbp). »Es war eine spontane Kneipenidee«, sagt SEBASTIAN WALTER. Zusammen mit drei Parteigenossen war der Barnimer LINKEN-Kreisvorsitzende Ende Januar nach Athen geflogen und erlebte den historischen Wahlsieg des linken Parteienbündnis SYRIZA hautnah mit. Am 21. Februar berichtete er im Bildungsbürgerzentrum Antonio Amadeu seinen Genossinnen und Genossen vom Stadtverband Eberswalde.

Flughäfen und Häfen verkaufen – nicht zuletzt an deutsche Konzerne.

Fünf Jahre Sparpolitik zerstörten nicht nur den Sozialstaat, zieht Sebastian Walter das Fazit, sondern auch den Mittelstand und die Wirtschaftskraft des Landes. Beispielsweise ist die griechische Olivenölproduktion, die früher 8 % der griechischen Wirtschaft ausmachte, vollständig nach Italien ausgelagert worden. Ähnliches gilt für den griechischen Wein, der nur noch zu 20 % tatsächlich in Griechenland verarbeitet wird.

Noch vor drei Monaten beherrschte die Menschen in Griechenland eine starke depressive Stimmung. Vor zwei Jahren hat Griechenland damit aufgehört, die Statistiken der Selbstmorde zu veröffentlichen, weil die seit Beginn der Krise um 500 % angestiegen waren. Die Aussicht auf den SYRIZA-Wahlsieg gab den Menschen nun wieder Hoffnung.

Diese Partei ist mit den Menschen verbunden, hat Walter erfahren. So haben sie vor drei Jahren begonnen, in besonders von Arbeitslosigkeit und Armut betroffenen Wohngebieten Solidaritätsbüros eingerichtet. Dort haben sie mit den Menschen dann beispielsweise Seife hergestellt und dann verkauft. Sie haben auch – die Lebensmittelpreise waren explodiert, während zugleich die Bauern rings um Athen auf ihren Produkten sitzen blieben – eine Art Direktvermarktung organisiert und das Obst, Gemüse, die Lebensmittel direkt den Erzeugern abgenommen und dann in ihren Solidaritätsbüros verkauft. Die Umgehung der Zwischenhändler ließ die Lebensmittelpreise um 50 % sinken.

Diese Art politischer Arbeit, verbunden mit einem klaren und radikalen Programm, brachte SYRIZA den Wahlsieg. Die Forderungen von SYRIZA sind: Schluß mit der Kürzungspolitik; Schuldenschnitt und Streckung der übrigen Schuldenrückzahlung; 12 Milliarden Euro für den Wiederaufbau des Landes, für Investi-

tionen in die Infrastruktur, in erneuerbare Energien und in den Tourismus; Kampf gegen Steuerhinterziehung, Schmuggel und Korruption; Schluß mit der Steuerbefreiung bestimmter Unternehmen, wie der Reedereien. »Mit diesem klaren Programm«, so Walter »haben sie es geschafft, die Menschen zu überzeugen«.

Sebastian Walter ging auch darauf ein, daß SYRIZA nach der Wahl mit den rechtspopulistischen Unabhängigen Griechen eine Koalition einging. »Schuld daran sind die Kommunisten«, sagt er. Die Kommunistische Partei Griechenlands (KKE) habe eine Zusammenarbeit verweigert. Die wollen erst aufwachen, wenn die Oktoberrevolution da ist, hätten ihm die Leute von SYRIZA gesagt. Es fehlten nur zwei Sitze an der absoluten Mehrheit. Da boten sich die Unabhängigen an, die in den aktuellen Hauptfragen mit den SYRIZA-Forderungen übereinstimmen. Und hinsichtlich des Umgangs mit Migranten hat die neue griechische Regierung in der ersten fünf Tagen schon mehr geschafft als die rot-rote Regierung in Brandenburg in fünf Jahren. Sie werden die Flüchtlingslager auflösen und künftig wird jedes Flüchtlingskind, das in Griechenland geboren wird, einen griechischen Paß bekommen.

SYRIZA hat deutlich gemacht, sie machen Politik nicht zum Selbstzweck, sondern um das Land zu ändern. Dafür haben sie im griechischen Volk eine große Mehrheit. Und die haben Leute in der Führung, die »cool« sind, wie es Sebastian Walter nennt.

»Glaubt nicht, was in der Bildzeitung steht. Denn das grenzt schon an Volksverhetzung. Was dort in Griechenland wirklich vorgeht, können wir uns hier gar nicht vorstellen. Aber Griechenland war nur der Anfang. Als nächstes kommt PODEMOS in Spanien, die die absolute Mehrheit bekommen werden. Danach kommt Sinn Féin in Irland. Und dann – das mußte ich den Griechinnen und Griechen auf der Wahlparty versprechen – kommen 2017 wir dran.«

Einladung



Anläßlich des 49. Jahrestages des Flugzeugunglücks der beiden Piloten B.W. KAPUSTIN UND J.N. JANOW führt die Brandenburgische Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde eine **Kranzniederlegung am 6. April um 10 Uhr** auf dem **Eberswalder Garnisonsfriedhof** in der Heegermühler Straße in Eberswalde-Westend durch. Mit dieser Veranstaltung wollen wir an die heldenhafte Tat der beiden sowjetischen Piloten erinnern und sie ehren. Dazu laden wir Sie recht herzlich ein mit uns gemeinsam diese Gedenkveranstaltung zu begehen.
WALDEMAR HICKEL

Verletzung der innerparteilichen Demokratie

Aktuelle Nachbetrachtungen zu den Wahlniederlagen der Linkspartei im Barnim

Bekanntlich hat die Linkspartei im Barnim zu den Bundestagswahlen, Kommunalwahlen und den Landtagswahlen schwere Verluste erlitten. Das drückt sich nicht nur in einem starken Rückgang an Wählerstimmen aus. Die beiden Direktmandate für den Bundestag und auch die drei Landtags-Direktmandate gingen verloren. Und auch der Linkskandidat zur Bürgermeisterwahl in Eberswalde erlitt eine herbe Niederlage.

Ich sehe wesentliche Ursachen dafür in der Kommunalpolitik und dem oft unkritischen und duldsamen Verhalten zur SPD/CDU-Koalition im Kreis und auch in der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde. Ich hatte die Hoffnung, daß nach diesen schweren Niederlagen der Linkspartei Lehren gezogen werden und durch eine kritischere Oppositionshaltung das Profil der Linkspartei geschärft und die Unterschiede deutlich gemacht werden. Nach neuen Informationen aus dem Kreistag, scheint nicht nur die alte gescheiterte Linie in der Kommunalpolitik fortgesetzt, sondern in der falschen Richtung vertieft zu werden.

Getarnt durch ein sogenanntes Grundlagenpapier scheint sich im Kreistag anstelle einer kritischeren Opposition eine große Koalition von SPD, CDU und Linken herauszubilden. Das bedeutet aber in der Praxis der Kommunalpolitik nichts anderes, als die Oppositionsrolle der Linkspartei gegen die Funktion eines Gehilfen des Landrates und der SPD/CDU-Koalition einzutauschen. Ich habe große Zweifel, daß dies den Interessen und Wünschen unserer Wähler entspricht und lehne deshalb aus grundsätzlichen Erwägungen dieses Grundlagenpapier mit der SPD und CDU ab.

Ich sehe auch erhebliche Probleme bei der Einhaltung der innerparteilichen Demokratie und im Umgang mit den Mitgliedern der Linkspartei im Barnim, die leider auch in der Verhaltensweise ihres Vorsitzenden Sebastian Walter ihren Ausdruck finden.

So habe ich z.B. in Auswertung der Wahlniederlagen zum Bundestag und der Kommunalwahl versucht, Ursachen und Schlußfolgerungen für die bevorstehende Landtagswahl inner-

parteilich darzulegen. Das ist in einem Artikel für die Kreiszeitung der Linken »Offene Worte« und in Form von drei persönlichen Briefen an Sebastian Walter geschehen. Ich erhielt nicht einmal eine Antwort. Es gab keinerlei Reaktion darauf.

Vom Kreisvorsitzenden wurde nach der schweren Niederlage zur Landtagswahl innerhalb von zwei Wochen eine Gesamtmitgliederversammlung im Barnim schriftlich versprochen, wo »ohne Denkverbote« alles offen diskutiert werden soll. Sie hat zu diesem Thema nach nunmehr fünf Monaten noch nicht stattgefunden und mein schriftlicher Diskussionsbeitrag dazu verschwand unveröffentlicht.

Ich sehe in einem solchen Verhalten Arroganz und ernste Verletzungen der innerparteilichen Demokratie. Leider gibt es Tendenzen der Schönfärberei bei der Wertung der Wahlergebnisse. So wurden »gute Ergebnisse« bei der Kommunalwahl festgestellt, obwohl 15 % der Wählerstimmen im Barnim und sogar 25 % in Eberswalde verloren gegangen sind.

Es ist für eine demokratische Partei normal, daß es unter den Mitgliedern unterschiedliche Meinungen und Diskussionen gibt. Parteiausschlüsse oder auch Fraktionsbildungen außerhalb der Partei halte ich für untaugliche Mittel einer Klärung. Das sollte in der Regel durch sachliche Diskussionen erfolgen, wofür allerdings auch ein Rahmen gegeben sein muß. Ich glaube, daß das im Barnim nicht immer der Fall war. Deshalb sollten noch laufende Parteiverfahren von allen Beteiligten noch einmal überprüft und sachlich mit einer einvernehmlichen Regelung abgeschlossen werden.

Dr. HELMUT KOCH

Sprecherrat wird abgeschafft

Eberswalde (bbp). Ab 2016 reduziert sich das finanzielle Volumen, über das der bisherige Sprecherrat »Soziale Stadt« im Brandenburgischen Viertel zugunsten sozialer Projekte im Kiez verfügen konnte, drastisch auf weniger als ein Zehntel dessen, was noch 2015 zum Verteilen zur Verfügung stand. Zwar soll der Rahmen des künftigen »Verfügungsfonds« durch Drittmittel (z.B. von den im Kiez tätigen Wohnungsunternehmen) verdoppelt werden, aber auch dann stehen höchstens 8.000 Euro pro Jahr zur Verfügung. Den Finanzrahmen, der bis 2019 gilt, hatten die Stadtverordneten im Dezember 2013 beschlossen. Außerdem wurden jährlich 24.000 Euro für die Bezahlung eines Büros als externes Quartiersmanagement mit Schwerpunkt Gesundheit und Sport bewilligt sowie 2.000 Euro für einen »Aktionsfonds«, aus

dem das städtische Quartiersmanagement »für unkomplizierte Unterstützung von Bürgerinitiativen« bis 250 Euro ausschütten kann.

In einer vom externen Quartiersmanagement durchgeführten Schulung an zwei Terminen im Januar und Februar erfuhren die Mitglieder des Sprecherrates, worin ihre künftige Rolle bestehen soll. Ein künftiger Vergaberat soll nur noch aus Vertretern der Wohnungsunternehmen, welche die Drittmittel zur Verfügung stellen sollen, dem Quartiersmanagement und Vertretern der Verwaltung zusammensetzen. Hinzu kommt ein Vertreter eines Bürger- oder Stadtteilvereins, den es aber noch nicht gibt und dessen Zweck und Aufgabe völlig unklar ist. Da die Ortsteilvertretung durch die letzten Wahlen erfolgreich abgeschafft wurde, spielt diese in den Überlegungen keine Rolle.

Nur eine Kriegspause?

Die beiden mächtigsten Politiker der Europäischen Union, Angela Merkel und Françoise Hollande und Rußlands Präsident Wladimir Putin handelten in Minsk mit dem ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko einen Waffenstillstand für den Bürgerkrieg in der Ostukraine aus. Die Vertreter der anderen Bürgerkriegspartei, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk, waren nach Minsk eingeladen, nahmen aber an den Verhandlungen nicht teil.

Mit »Minsk 2« versuchte Poroschenko nach erneuter militärischer Niederlage zu retten, was zu retten war. Der Frontvorsprung von Debalzewo war nicht zu retten. Mindestens 2.000 Soldaten beider Seiten starben dort, weil die eingeschlossenen Ukrainer das Angebot für freies Geleit nicht annahmen.

Doch nun schweigen die Waffen erst einmal wieder. Zumindest weitgehend. Man mag zu Angela Merkel stehen, wie man will, daß es nun zu dem Waffenstillstand gekommen ist, hat mit ihrer diplomatischen Initiative zu tun. Auch, daß mit den USA und dem ukrainischen Nachbar Polen zwei Mächte außen vor blieben, die vor allem daran interessiert sind, den Konflikt in der Ukraine zu schüren, kann Merkel als Pluspunkt angerechnet werden.

Doch wie nun weiter? Wird die Ukraine die Waffenpause wie nach »Minsk 1« vom September dazu nutzen, um die geschlagene Armee wieder aufzurüsten? Wir erinnern uns an die Bilder vom Dezember, die Poroschenko zeigten, wie er hunderte Schützenpanzer, Panzer, Artilleriesysteme den Fronttruppen übergab. In der letzten Februarwoche ließ sich Poroschenko auf der Waffenmesse in Abu Dhabi ablichten. Der polnische Parlamentspräsident Radoslaw Sikorski fordert vom Westen die Lieferung von Waffen an die Ukraine. Damit sollen vor allem eigene Waffenlieferungen legitimiert und wahrscheinlich auch finanziert werden, denn aus eigenen Mitteln kann die Ukraine keine Waffen kaufen. Polens Rüstungsindustrie verspricht sich gute Geschäfte von einer Aufrüstung der ukrainischen Armee und hatte im Februar schonmal eine Delegation nach Kiew geschickt. Im Angebot: Artillerieleitsysteme, Aufklärungsdrohnen, Scharfschützengewehre und Nachrüstungen für Panzer sowjetischer Bauart (jw, 25.02.15).

Wird die Ukraine, wenn die Waffendepots wieder aufgefüllt sind, zum nächsten Waffenangriff zwecks »Befreiung« der Ostukraine von »Terroristen« schreiten? Seitens der faschistischen und nationalistischen Bestandteile der Regierungskoalition ist der entsprechende Druck groß. Vielleicht ziehen deren Bataillone auch bald auf eigene Kappe in den Krieg. Dreizehn von ihnen gründeten kürzlich in Dnipropetrowsk einen gemeinsamen Führungsstab. Allerdings wird gerade jenen Einheiten, die sich aus »Maidan-Aktivist« zusammensetzen, der geringste Kampfwert bescheinigt. Für einen »Marsch auf Kiew« mag das aber ausreichen.

GERD MARKMANN

Ballaballa in Elbflorenz

Emmerlich scharfte schon Wochen vorher in Erwartung seiner großen Stunde mit den Hufen, in den Medien wurde vermeldet, auch heuer habe man erfolgreich bei »Promis« darum gebettelt, den Georgs-Orden anzunehmen, und immer und immer wieder und dann noch einmal wurden die sauteuren Kleider vorvorgeführt, mit denen die »Debutantinnen« sich behängen würden. Es gab sogar (MDR!) Sonderberichte vom Tanztraining der Jungfern. Und ein ums andere Mal wurden die lieben Dresdner eingeladen, auf dem Vorplatz des Opernhauses zum Mitfeiern zu kommen; eine Videowand werde sie teilhaben lassen, quasi in Augenhöhe, am Großereignis. Das neiddämpfende Kochrezept dieser Maßnahme hatte man dem starken August nachempfunden, der seine Selbstfeierung dadurch zu demokratisieren versuchte, daß er dem neugierigen Pöpel Naschwerk zuwerfen ließ, während es bei Hofe zugeht wie im siebten Himmel. Ein Reisender aus England, der das erlebte, schrieb: »Der Dresdner, sofern nicht geadelt, hat democh sein Vergnügen an den Feiern der Großen. Er genießt sich nicht, als Tanzspatz vor dem Schloß umherzuspringen, dieweil die Fasane und Pfaue drinnen Fleisch vom Spieße verschlingen...« Aber das war 18. Jahrhundert. Heute kann jedermann – und das ist das Schöne an unserer Zeit – in die Semperoper einrücken und unter dem Motto »Dresden jubelt« mitjubelieren, vorausgesetzt er blättert ein paar tausender für einen Nischentisch hin und geht das Risiko ein, unweit von Biedenkopf oder dem Schmuddelmoderator Pocher sitzen zu müssen. Denn das Gemenge derer, die der Ehre teilhaftig wurden, bei Dresdener Jubelt dabei zu sein, ist kunterbunt. Die sogenannten Spitzen der Gesellschaft, der amtierende Landesfürst Tillich vorneweg, ringen tapfer jedwedes Schamgefühl nieder und machen sich mit so herausragenden Repräsentanten der deutschen Leitkultur wie Daniela Katzenberger, Jürgen Drews und sogar einer Ex-»Dschungelkönigin« und Pornomaid gemein. Wenn das man kein Populismus ist...

Indes gibt es Menschen, die ihre Einladungen zurückschickten, weil sie ihrer Selbstachtung willen es vorzogen, dem Jahrmarkt der Eitelkeiten fernzubleiben. So sei – auch im Namen all der Sachsen, die das peinliche Großereignis anwidert – Mario Adorf und iris Berben zu ihrem Entschluß, termingerecht an Grippe zu erkranken, herzlich gratuliert.

Dr. STEFFEN PELTSCH

Blumen zum 8. März

Eberswalde (bbp). Es ist bereits Tradition, daß Mitglieder der Eberswalder LINKEN am Internationalen Frauentag Blumen verteilen. In diesem Jahr, informierte der Stadtvorsitzende MICHAEL WOLFF, besuchen die Genossen am 8. März verschiedene Pflegeeinrichtungen, um den Pflegerinnen ihre Wertschätzung für deren wichtige Arbeit deutlich zu machen.

Dem Kapitalismus die Stirn bieten

»Fast 2/3 der BRD-Bürger halten das politische System dieser Verwaltungsrepublik nicht für eine echte Demokratie«, weil sie glauben, daß »die Wirtschaft viel mehr Einfluß auf Parlament und Regierung hat als der Wähler«. Soweit der Befund der neuesten Studie des »Forschungsverbundes SED-Staat« an der Freien Universität Berlin.¹ Diese Feststellung ist nur interessant, was die zahlenmäßige Relation betrifft, denn sie drückt sich auch im Wählerverhalten aus.

Es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß der deutsche Wähler überwiegend auf die Wohlstandsentwicklung in seinem Land bedacht ist und wenig auf das Woher und Wohin im Umfeld schaut. Mit dem Finger auf andere zu zeigen ist die einfachere Methode, als sich mit den nur auf den Maximalgewinn orientierten skrupellosen Machenschaften des Großkapitals auseinanderzusetzen. Immerhin gibt man in der genannten Studie zu, »daß jeder Dritte denkt, der Kapitalismus führe zwangsläufig (!) zu Hunger und Armut«. Und sogar 37 % assoziieren ihn mit kriegerischen Auseinandersetzungen. »Knapp 60% der Ostdeutschen und 37% der Westdeutschen halten den Sozialismus/Kommunismus prinzipiell für eine gute Idee.«

Wenn sich solche Erkenntnisse in den Wahlen zu den Parlamenten niederschlagen, gäbe es solche Konfrontationen nicht, wie sie gegenwärtig unter Mitwirkung der BRD stattfinden. Von der Geschichtsklitterung um die Ursachen verheerender Weltkriege, der Vertuschung geheimdienstlicher Aktivitäten der führenden kapitalistischen Industriestaaten, die zu Kriegen nach 1945 führten, mehr als 60 Jahre Kalter Krieg und die nicht endenwollende koloniale Ausplünderung der Rohstoffquellen in den Entwicklungsländern der südlichen Hemisphäre; dies alles hat zu einer gefährlichen Ballung von Gegensätzen in der Welt geführt, die nur noch durch hochgradig friedliche Bemühungen gelöst werden können oder zum Untergang der menschlichen Kultur führen.

»Bleiben wir im Gespräch«

Nachlese zu 25 Jahre Behindertenverband Kreis Eberswalde e.V.

Am 24. Januar 2015 durften wir gemeinsam mit 160 geladenen Gästen und Besuchern von »Guten Morgen Eberswalde« unser 25jähriges Bestehen feiern. Uns hat es sehr viel Spaß gemacht und wir hoffen, auch alle anderen haben ihr Kommen nicht bereut.

Wesentlichen Anteil am Gelingen hatten die Eberswalder Waggonkomödianten mit ihren Versionen der »behinderten Cartoons« von Phil Hubbe, die »Globetrotter im Rollstuhl« Petra und Horst Rosenberger, die Selbsthilfegruppen, die ihre Arbeit vorstellen und nicht zuletzt die »Guten Morgen«-Macher Udo Muszinsky und Tim Altrichter.

Diesen Protagonisten und allen, die unserer Einladung gefolgt sind, danken wir sehr herzlich für die erwiesene Aufmerksamkeit.

Das ist die Quintessenz des seit über 200 Jahren existierenden Kapitalismus. Er hat sich zu einem Hightech-Ungeheuer ausgewachsen, das in der Lage ist, mit Bio-Robotern das Leben auf der Erde nach seinem Belieben zu steuern. Der große Steuerherr sitzt in den gesicherten Katakomben der USA. Wer heute noch meint, dieses angedeutete Szenario wäre einem Science-Fiction-Film entlehnt, befindet sich auf dem viel besungenen »Holzweg«. Diesem blauäugigen Menschenkind ist nicht zu helfen. Es sei denn, es kommt zur Besinnung und reiht sich ein in die schon große Kämpferschar, die sich unter dem Begriff AntiKap Opposition organisiert und sich vor allem mit den lateinamerikanischen Staaten solidarisiert.

Denn: Vor der Haustür des mächtigsten und aggressivsten Staates der Welt haben sich lateinamerikanischen Staaten in dem Wirtschaftsverband CELAC zusammengetan, um endlich der Vorherrschaft der USA zu entinnen. Erste Erfolge sind schon zu verzeichnen. Sie haben sich dazu auch starke Verbündete gesucht: So baut das kleine Nicaragua mit chinesischer Hilfe den »Großen Interozeanischen Kanal«, der mit seiner Leistungsfähigkeit den Panamakanal überflügeln und von geopolitischer Bedeutung sein wird.

Wer mehr darüber wissen möchte, dem empfehle ich den Besuch des Vortrags unseres Mitstreiters Ing. Wolfgang Herrmann zum Thema: »Der Große Interozeanische Kanal in Nicaragua – ein Projekt von geopolitischer Bedeutung vor den Toren der USA« mit anschließender Diskussion im Stadtcampus der HNEE in der Schicklerstraße 5, Haus 4, Raum 4.102 am 24. März um 18 Uhr. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen von der Regionalgruppe des RotFuchs Eberswalde.

HELMUT BRAUNSCHWEIG

1 – zitiert nach Klaus Schröder in »Junge Welt« vom 24.02.2015, S.8

Wir hoffen, auch in Zukunft mit Ihnen im Gespräch zu bleiben bzw. ins Gespräch zu kommen. Einen kleinen Eindruck von unserer Jubiläumsveranstaltung erhalten Sie unter www.bhw-eberswalde.de mit Links auf Beiträge in den lokalen Medien.

KLAUS MORGENSTERN

Kino im Dorf am 11. März:

Der besondere Film

»Le Passe«

Kultur- und Bildungverein
Alte Schule Senftenhütte

Mit Unterstützung des Landesverband Filmkommunikation e.V. des Landes Mecklenburg-Vorpommern



11. Finowkanal-Geschichten-Wanderung

Rund um den Kupferhammer...

...geht es bei der ersten Finowkanal-Geschichten-Wanderung in diesem Jahr. Unweit des heutigen Startpunktes am Waggonaufzug entstand bereits im Jahr 1603 ein »Kupferhammer«. Hier wurden mit der Wasserkraft der schnell fließenden Finow Kupferbleche und -kessel gefertigt. Noch im selben Jahr begann der Bau des Finowkanals. Bald entwickelte sich dieser Standort zur ersten Industriesiedlung am Finowkanal. Noch heute befindet sich im Eberswalder Ortsteil Kupferhammer ein mehrere hundert Meter langer Abschnitt der alten Finow. Um die Reste des alten Kupferhammers zu entdecken, muß man heute schon genauer hinschauen. Dabei helfen uns als Finowkanal-Geschichten-Erzähler Karen Oehler und Attila Pasztor, Vorstandsmitglied der Initiative Unser Finowkanal e.V. und Chef-Organisator der 11. Wanderung.

Treffpunkt ist die Stelle oberhalb des Waggonaufzugs, an der wir die zweite von der Initiative gestiftete Infotafel einweihen. Nicht nur das! Zugleich stellen wir unser neues »Finowkanal-Paten«-Programm vor. Der erste »Finowkanal-Pate« wird eigenhändig die hierfür gestaltete Plakette anbringen. Weitere Finowkanal-Patenschaften folgen in Kürze, zunächst an unserer Infotafel an der Borsighalle.

Finowkanal-Paten »adoptieren« einen Abschnitt des Finowkanals oder das Umfeld eines unserer Industriedenkmale. Sie verpflichten sich, dort einmal im Monat Abfall aufzusammeln, und schauen gelegentlich nach den Infotafeln und den Objekten.

Im Anschluß an die Einweihung der neuen Infotafel besuchen wir den Waggonaufzug und



FOTO: GERD MARKWANN

erfahren, welche weiteren Projekte dort als Folge unserer Aufräumaktion im vergangenen November inzwischen in Vorbereitung sind.

An verschiedenen Gebäuden der alten Kupferhammersiedlung vorbei geht die Wanderung zum Ort des alten Kupferhammers und der ehemaligen Verwaltungsgebäude und Schulen der Kupferhammersiedlung und zurück zum Ausgangspunkt. Ob wohl jemand herausfindet, was die Markierungen auf dem alten Stein bedeuten?

Termin: Sonnabend, 14. März, 10 Uhr
Treffpunkt: Oberhalb des Waggonaufzugs im Kupferhammerweg (Eberswalde, zwischen Autohaus Kleist und dem ehemaligen Baumarkt)

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT und
 ATTILA PASZTOR, Unser Finowkanal e.V.

5. Völkerball Turnier der Toleranz

Das Eberswalder Völkerball Turnier der Toleranz, organisiert von den ZONENBOYS EBERSWALDE E.V. geht in die fünfte Auflage.

Am 11. April in der Zeit von 9 – 18 Uhr kämpfen in der Reki-Sporthalle (Schorfheidestr. 30) erneut Teams aus dem gesamten Bereich Berlin und Brandenburg um den begehrten Wanderpokal des Völkerball Turniers. Erstmals wird es neben der Erwachsenen Konkurrenz auch einen Wettbewerb für Kinder im Alter von 4 bis 12 geben. Unter dem Motto »Viel fällt satt Ausgrenzung« sollen allerdings nicht nur die besten Völkerball-Teams der Region gekürt werden, sondern auch ein Zeichen für eine tolerantere Gesellschaft gesetzt werden.

Neben der Möglichkeit, ganze Teams anzumelden, wird es auch Einzelsportlern möglich sein, sich am Turnier zu beteiligen. Nach erfolgter Anmeldung über die Homepage des Vereins können sich Einzelspieler im sogenannten Pickup Team zusammen finden.

Neben der Möglichkeit sich als aktive Sportler zu beteiligen wird es für Organisationen

und Vereine wie in den Vorjahren möglich sein, sich mit einem Info- oder Mitmachstand zu präsentieren.

Im Rahmen des Turniers wird es auch weitere Angebote für die Teilnehmer und Gäste geben. So können Kinder im Alter bis zu 12 Jahren kostenfrei an der Handball Mini Olympiade teilnehmen, bei welcher die Teilnehmer auf spielerische Weise mit der Sportart Handball in Kontakt gebracht werden. Auch für das kulinarische Wohl wird gesorgt sein. Neben frischen Schürzkuchen wird auch die mittlerweile sehr bekannte »Zonenboys Grillbude« mit von der Partie sein, die in diesem Jahr mit »Eberswaldes schärfster Bratwurst« wirbt.

Den Abschluß der Veranstaltung bildet traditionell die Völkerball-Playersparty, zu der alle Aktiven im Anschluß an das Turnier herzlich eingeladen sind.

Anmeldungen und weitere Infos ab sofort unter: <http://www.zonenboys.org> oder bei Facebook unter: Zonenboys Eberswalde e.V.

MIRKO WOLFGGRAMM

Wandertips

von BERND MÜLLER

Der Traumzauberbaum am Sparrenbusch

8. März, Sonntag, Führung ca. 1,5 Kilometer

Ein Spaziergang mit Sagen, Geschichten und Geschichte des Plateau am Sparrenbusch. Bernd Müller, Vorsitzender des NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. führt uns auf zuge wachsene Straßen und Wege. Wer kennt schon die Julius-Dörr-, Dr. Konrad-Gründler-, die von Diemar-Straße, Am düsteren Grund und Am grünen Weg? Etappen: Traumzauberbaum, Gedenkstein, russische Sauna, Karpfenteich, Bunker, Schwimmbad. Kaffee und Kuchen.

Treff: 14 Uhr NaturFreunde, Danckelmannstr. 28, 16259 Bad Freienwalde

Sternwanderungen nach Pöhlitzbrück

14. März 2015, Samstag, 6 km Wanderung

Wanderungen aus verschiedenen Richtungen Brandenburgs nach Pöhlitzbrück. Wir wandern vorbei am Schloßberg zum Wanderrastplatz Pöhlitzbrück. Hier sorgen ab 11 Uhr die NaturFreunde Biesenthal für leckere Speisen und Getränke. Wanderleiter: Reiner Lehmann. Treff: 9.30 Uhr, Am Markt 1, 16359 Biesenthal, Spende für das Wanderschwein.

Durch den Urwald Breitefenn (NSG)

22. März 2015, Sonntag, 7 km Wanderung

Förster Tobias Schramm führt uns zu einer Wehrkirche aus dem 13. Jahrhundert. Weiter geht es zum größten nordischen Findling der Region. Entlang des Urwaldes Breitefenn mit uralten Eichen geht es zum Paddenpfuhl und dem großen und kleinen Lindsee, wo zu erfahren ist, warum es zum Glück noch Hasen gibt und Fische ein silbernes Kleid tragen. Am Ende der Wanderung Kaffeetrinken im Gasthaus »Zum großen Stein«.

Treff: 13:30 Uhr Vor Gasthof »Zum großen Stein«, Neuendorf Nr. 1, 16248 Oderberg OT Neuendorf

Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,50 €, ermäßigt 1,50 €, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Arabischer Frühling

Wenn Vögel singen und Knospen sprießen, Wird man wieder den Frühling genießen. Der Arabische Frühling kam über Nacht, Die »Götter« hatte man grimmig gemacht. Die Götter, die es gar nicht gibt, Sind bei den Rüstungsbossen sehr beliebt. Dort wo Menschen sich wegen Göttern raufen, Kann man Unmengen von Waffen verkaufen! Noch immer fließt Blut, ist Not ohne Ende, Geld »stinkt nicht«, deshalb auch keine Wende. Doch es stinkt gegen Himmel, seid bereit: Kämpft gegen sie gemeinsam jederzeit! Kriegshetzer und Kriegstreiber haben ein Gesicht Die Götter helfen Euch dabei nicht!

Die ROTE OMA,

die den Frieden wie den Frühling liebt

Mitglieder des Barnimer Bürgerpost e.V. trafen sich

Eberswalde (bbp). Der Verein Barnimer Bürgerpost e.V. hatte am 17. Februar zu seiner diesjährigen Mitgliederversammlung eingeladen. Nach Erledigung der Formalien und der turnusmäßigen Neuwahl von Vorstand und Kassenprüfer tauschten sich die Vereinsmitglieder über die weitere Entwicklung des Vereins und der Zeitung aus. Anlässlich des 20jährigen Jubiläums von Verein und Zeitung wird der Ver-

ein am 6. Juni zu einem *Pressefest der Barnimer Bürgerpost* einladen (Seite 2). Dabei wurde auch über die Gewinnung neuer Vereinsmitglieder und verstärkte Aktivitäten im Niederbarnim sowie über die inhaltliche Weiterentwicklung der unabhängigen Leserzeitung »Barnimer Bürgerpost« diskutiert. Auch am Projekt zur »Geschichte der Arbeiterbewegung im Roten Finowtal« wird weitergearbeitet.

Eberswalder attac-Regionalgruppe

Eberswalde (bbp). Am 26. Februar fanden sich knapp 20 Leute zusammen und gründeten eine Kontaktgruppe von attac in Eberswalde. Anlaß für die Gründung der Gruppe gab die TTIP-Demo vom vorigen Herbst mit mehr als 250 Teilnehmern (BBP 12/2014), berichtete Andrea Honsberg, die das Gründungstreffen organisiert hat. Nach der Demo hatten sie viele Leute angesprochen, ob es in Eberswalde eine attac-Regionalgruppe gebe. Es gibt in Eberswalde und Umgebung eine ganze Reihe von Einzelmitgliedern. Und es gibt das Eberswalder Bündnis für den Frieden, das seit mehr als zehn Jahren Mitglied bei attac ist. Eine darüber hinausgehende Vernetzung fehlte bisher.

Der Kampf für Frieden ist ein wichtiger, aber nicht der einzige Aspekt im Spektrum der attac-Aktivitäten. Aktuell spielt vor allem der Widerstand gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP eine große Rolle. Aber auch der

Klimaschutz ist ein wichtiges Thema. Die Teilnehmer berieten über mögliche Aktionsformen, wie Demos, Infoabende und Filmvorführungen. Vieles davon wird bereits praktiziert. Ihre Aufgabe sehen die attac-Aktivisten nicht zuletzt darin, die vorhandenen Initiativen miteinander zu vernetzen.

Leider war der Termin am 26. Februar etwas unglücklich gewählt. Wegen der Semesterferien fehlten die Studenten und zeitgleich tagten die Stadtverordneten, von denen auch einige ihr Interesse angemeldet hatten, und im BBZ Amadeu Antonio gab es die Veranstaltung »Still ruht der See? – Eberswalde nach dem Mord an Amadeu Antonio«.

Daher soll das nächste Treffen attac-Gruppe und nach Möglichkeit weiterer Interessierter bereits am Montag, dem 9. März, stattfinden. Die Regionalgruppe trifft sich um 19 Uhr in Finow, in der Biesenthaler Straße 14/15.

Öffentliche Rentensprechstunde

Die Renten bleiben auch im neuen Jahr ein brisantes Thema. Daher gibt es auch 2015 jeden zweiten Mittwoch im Monat, jeweils von 10 bis 13 Uhr, bei der Volkssolidarität in der Mauerstraße 17 (Richterplatz) in Eberswalde Hilfestellung beim Lesen von Rentenbescheiden und Formulieren von Widersprüchen. Der nächste Termin ist der 11. März.

ANDREA HOEHNE, Volkssolidarität Barnim

termine

Eberswalde

Sa, 14.3., 9 Uhr 4. Bildungstag für ErzieherInnen und Eltern (thematische Workshops sowie Elternworkshop). Grundschule Schwärzensee, Brandenburgisches Viertel

Sa, 14.3., 10 Uhr 11. Finowkanalwanderung, Unser Finowkanal e.V., am Waggonaufzug, Kupferhammerweg (hinter ehem. Bahr-Baumarkt).

Di, 24.3., 18 Uhr *Der große Kanalbau in Nicaragua – ein Projekt von geopolitischer Bedeutung vor den Toren der USA. Naturschutz zwischen Wirtschaft und Machtpolitik.* Veranstaltung mit Wolfgang Hermann. HNEE, Haus 4, 4.102, Schicklerstr. 5

Bernau

Sa, 21.3., 17 Uhr Filmabend zum Antirassismustag, Eintritt frei, Spende für Essen erbeten, Tobias-Seiler-Saal, Kirchplatz 8.

Joachimsthal

(Heidekrugsaal, Brunoldstr.1)

Fr, 6.3., 20 Uhr Hans-Eckardt Wenzel: VIVA LA POESÍA. Eintritt 12 €.

Senftenhütte

(Kultur- und Bildungsverein Alte Schule)

Mi, 11.3., 19.30 Uhr Kino im Dorf: LE PASSE.

Sa, 14.3., 14 Uhr Kinder-Kunstwerkstatt

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: bbp-forum+subscribe@googlegroups.com

redaktion: Gerd Markmann

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 26. Februar 2015

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 26. März 2015.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die »Barnimer Bürgerpost«

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die »Barnimer Bürgerpost« erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

eMail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)